

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift
Tageblatt Riesa,
Gerau Nr. 20.
Posttag Nr. 22.

Poststedttonic:
Dresden 1880.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 281.

Mittwoch, 3. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig, ohne Gustellschluß. Für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Gründungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 10 mm breite, 4 mm hohe Grundfläche je 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Beauftragter Rabatt teiligt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägliche Unterhaltungsbeiträge sind nicht weniger als 4 Polizisten, nämlich ein Polizeikommissar und drei Polizeiwachmeister, in einem Nebenraum des Saales, die nicht eingriffen.

Volk in Not.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ des Deutschen Reiches auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ist da. Wie der einzelne im Zustand der Notwehr und des Notstandes berechtigt ist, um die eigene Existenz zu wahren, zu außergewöhnlichen Mitteln zu greifen, so folgt auch aus dem Notfallsanspruch und der Notfallsicht des Staates das Recht, in außerordentlichen Fällen anders zu verfahren, als es in normalen Zeiten der Fall ist, in denen die parlamentarische Maschine reibungslos läuft und die verfassungsmäßigen Grundrechte der Staatsbürger schützt. Der Artikel 48 RG ist darüber hinaus klarheit, der „Artikel des Regierungsaufstandes“, doch ist hier gleich anzumerken, daß dieser Begriff bei uns aus Frankreich eingeführt wurde und längst nicht mehr eine passende Bezeichnung für die gesetzliche Regelung des Ausnahmestandes ist. Staatspolitisch gesehen befinden wir uns gegenwärtig in einem Ausnahmestand. Die neue deutsche Reichsverfassung gibt im 2. Abs. des Artikels 48 dem Reichspräsidenten — und zwar grundsätzlich nur ihm — das Recht zur Anwendung besonderer Maßnahmen, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird. Die ganze öffentliche Meinung unseres Volkes ist sich heute darüber einig, daß die Voraussetzungen für die Anwendung dieser Verfassungsbestimmungen gegeben sind.

Verfassungsrechtlich liegt die gegebene Gewalt grundsätzlich bei der Volksvertretung. Die Gegner des absoluten Führerstaates und auch die Freunde des alten Bundesstaates legten großen Wert auf eine klare Trennung der gesetzgebenden Gewalt von der zentralistischen und von der Executive. Die staatspolitischen Ereignisse des deutschen Volkes im letzten halben Jahre drängten dann jungen deutschen Volks die Erkenntnis und Wahrheit von der Einheit des Staates sowie der Einheitlichkeit und Unteilbarkeit des Staatsgewalt auf. Es gibt in der Tat keine geteilte, keine fragmentarische, keine geminderte und beschränkte Staatsgewalt.

So lange der Versailler Friedensvertrag besteht, vornehmlich in seinen wesentlichen Teilen, ist die Rede einer Souveränität des Deutschen Reiches nicht die Rede. Seit 12 Jahren leidet unsere geliebte Außenpolitik an dem Mangel an Souveränität, ebenso lange kämpft sie um die Rückeroberung der souveränen Staatsgewalt und die gleiche Zeit hindurch erlebt eine Reichsregierung nach der anderen, daß das Volk nicht geschlossen in diesem Kampf um die Unabhängigkeit und Hohheit der Staatsgewalt hinter ihr steht. Unglücklicherweise fehlt auch die Autorität, wie meinen die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit. Wir bestehen wohl auf deutschem Boden die Arbeitskräfte, ja Hunderttausende mehr, als wir benötigen, nicht aber die Rohstoffe und Lebensmittel, die wir brauchen, um unserer Volkswirtschaft den Charakter einer sich selbst genügenden Wirtschaft zu verleihen. Das Millionenherd der Arbeitslosen sollte diese wirtschaftliche Tatsache jedem deutschen Zeitgenossen nahe und schließlich auch zu vollem Bewußtsein bringen. Dann würden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen wir alle leiden, die Bemühungen der Reichsregierung um die Sanierung der Finanzen und die Restaurierung unserer Wirtschaft weitesten Volkskreisen in einem ganz anderen Licht erscheinen.

Jahre der Heimsuchung, der Demütigung und internationaler Ausbeutung können an keinem Kulturstufe vorübergehen. Unter unseren Augen vollziehen sich soziologische Wandlungen, die sich in gesteigertem Radikalismus auswirken, der teils nationaler und teils internationaler, immer aber antifaschistischer Natur ist. Dies erleben wir im Zeitalter des Hochkapitalismus, der in der Nachkriegszeit eine neue Hochstufe erlebt, aber gegenwärtig an einer internationalen Krise darunterliegt, von der seine Freunde sagen, daß er sich in einigen Monaten von dieser Krankheit wieder erholt, während seine Gegner und Feinde danach trachten, ihm den Garan zu machen. Freilich ist es nicht allen gleich ernst mit diesem Kampf auf Leben und Tod. Der Staatspolitiker hat jedoch alle Verantwortung, dieses Ringen um die Idee, um die Gestaltung und Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft mit der gleichen Kämpfen immensen Wichtigkeit zu verfolgen.

Würden die tiefen Gegenstrebungen, die hoch aufgespannte Hoffnung und Angst, die Leidenschaftlichkeit und der Drang nach neuen Ufern ungehindert aufeinanderprallen, dann wären wir längst mitten in einem blutigen Bürgerkrieg. Ein günstiges Gesicht bewahrte uns bisher vor diesem nationalen Unglück. Voller Vertrauen schaut seit Monaten das Ausland, jetzt noch mehr als früher, auf die erhabene Gestalt des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, den es als den ruhenden und sichernden Pol bei all den nationalen und internationalen, den rationalen und irrationalen, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Störungen betrachtet, die unser Volk mit gesteigertem und vielfach übersteigertem Pulsdruck durchfluten. Im Rücken des Herrn Reichspräsidenten aber steht die Reichswehr und die Staatspolizei. Wir wissen, daß rein verfassungsrechtlich gesehen, auch die bewaffnete Macht des Reichs eingefest werden kann, um Ruhe und Ordnung zu sichern. Der Reichspräsident ist bei der Wahl der Maßnahmen unbefrachtet, so lange nicht das vorgelegene Reichsgesetz Beschränkungen ihm auferlegt. Ein beratiges Reichsgesetz ist aber im neuen Reich bisher ebenso wenig ergangen, als im alten Reich jemals! Regieren heißt führen.

Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte.

Die deutsche Note betrifft Oberschlesien in Genu veröffentlichlicht.

Gens. (Bunkerspruch) Die Note der deutschen Reichsregierung über die Gewalttaten in polnisch-Oberschlesien ist heute nachmittag hier vom Generalsekretär des Volkerbundes veröffentlicht und gestern abend sämtlichen Mitgliedern mit folgender kurzer Begleitnote angezeigt worden.

Der Generalsekretär beehrt sich, beiliegend dem Rat eines Brief der deutschen Regierung vom 27. November 1930 mit Anlagen betreffend die Lage der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien (Polen) mitzuteilen.

Berlin. (Bunkerspruch) Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte gegen Angehörige der deutschen Minderheit bei den Wahlen in Polen, die heute veröffentlicht wird, besteht aus einem Begleitschreiben an den Generalsekretär des Volkerbundes und einer eingehenden Darstellung der vorgenommenen Gewalttaten.

In dem Begleitschreiben heißt es, daß die in polnisch-Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit verübten Gewalttaten eine flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 25. Mai 1923 darstelle. Die deutsche Regierung, die gemäß Artikel 72 Absatz II der Konvention die Aufmerksamkeit des Volkerbundes auf diese Vorfälle lenkte, bittet den Generalsekretär, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Volkerbundes gesetzt werde.

Die dann folgende dokumentierte Darstellung der Gewalttaten gliedert sich in drei Teile, deren 1. die Bekräftigung des Wahlrechts der Minderheit behandelt, während der 2. Teil die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit schildert und der 3. Teil eine Zusammenfassung und Schlusfolgerung aus dem Hervorgehenden enthält.

In zwei Anlagen sind der Note das Wahlplakat des Verbands schlesischer Ausländer und das Wahlplakat des Weltmarkenvereins, Beiträg Schlesien, beigegeben. Im ersten Teil wird eingangs darauf hingewiesen, daß für viele tausende Angehörige der deutschen Minderheit die Ausschöpfung des Wahlrechts dadurch unmöglich gemacht worden sei, daß systematisch gegen ihre Aufnahme in die Wählerlisten Einspruch erhoben wurde mit der Begründung, sie hätten nicht die polnische Staatsangehörigkeit. Allein im Wahlkreis Katowice und Königshütte seien auf diese Weise etwa 20 000 Einsprüche erhoben worden, die auf einem vorgetrusted Formular herausgegeben wurden, woraus sich das plausiblere einheitliche Vorgehen ergebe. Der ganze Vorgang werde durch die Tatsache charakterisiert, daß an der polnischen Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden habe und die Betroffenen in den vergangenen 8 Jahren bei allem unbekanntesten mitgestimmt hätten. Zum Teil hätten sie sogar öffentliche Amtier bekleidet. Bei der Ausübung der Wahl selbst hätten die Deutschen den Schutz vermieden, den die gesetzlichen Bestimmungen für die freie Verübung des Wahlrechts vorschreiben. Vom Verband schlesischer Ausländer sei Propaganda für offene Abgabe des Stimmzettels gemacht worden, wodurch das Wahlgeheimnis verletzt worden sei. Ein Erlass des Ministeriums des Innern, in dem auf Anfrage eines Wahlkommissars ausgeführt sei, es stehe dem Wähler frei, offen oder geheim seinen Stimmzettel in das amtliche Wahlzettel zu legen, sei vom Volmoden durch öffentlichen Anschlag vom 20. Oktober d. J. bekanntgemacht worden. Er sei von dem offiziellen Organ Polnisches Sachsenia und den Ausländern in dem Sinne ausgelegt worden, daß jeder, der geheim wähle, damit dokumentiere, daß er ein „Staatsfeind“ sei.

Im zweiten Teil der Darstellung, der die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit behandelt, heißt es, seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes hat die deutsche Bevölkerung im polnischen Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gehanden. In vielen Ortschaften haben Mitglieder des „Schlesischen Ausländer-Verbands“, einer militärisch organisierten, von den Behörden geschafften Vereinigung, die noch aus der Zeit des polnischen Aufstands im Sommerjahr 1921 stammt, ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchkreisten sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und fahndeten in Gaststätten und Wohnungen nach Minderheitsangehörigen. Tausende von Drohbriefen wurden verfaßt, die den Stempel des Ausländer-Verbands trugen. In diesen Briefen wurde gedroht, daß die Empfänger, wenn sie nicht offen für die polnische Linie stimmen, ihr Blutbad schenken oder aber ihr Testament machen lassen. Bei dieser Einschüchterung und Bedrohung ist es jedoch nicht geblieben. Vielmehr sind in einer großen Zahl von fernen Wirkungen bis zu den schwersten Gewalttaten vorgekommen.

Es folgt nun die Darstellung einiger der schwersten Fälle, die zum größten Teil aus den Schilderungen der Presse bereits bekannt sind. Besonders hervorzuheben sind die Vorfälle von Nikolski, wo 25 Ausländer eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der deutschen Gewerkschaft der Angestellten überfielen, wobei mehrere Deutsche schwer verletzt wurden. Während des Überfalls befanden sich nicht weniger als 4 Polizisten, nämlich ein Polizeikommissar und drei Polizeiwachmeister, in einem Nebenzimmer des Saales, die nicht eingriffen.

Ebensowenig ist die Polizei einschritten gegen das Endeinamen von etwa 15 Ausländern in die Wohnung des deutschen Invaliden Altkönig in Katowice-Zalew am 28. Oktober, wobei mit Granaten und Säcken auf die Angehörigen des Hauses eingeschlagen wurde, obwohl die Polizeiwache nur 2 Minuten von der Wohnung entfernt liegt; ferner bei dem Überfall gegen mehrere Stadtverordnete in Schlesien, bei dem der Oberstabschreiber Paul Hanold so zugerichtet wurde, daß er bewußtlos liegen blieb.

Ein schwerer Gewaltakt wurde am 15. November gegen den fast 80jährigen Landwirt Josef Greifke II in Oberwiersau verübt. Der alte Mann wurde auf das freie Feld geführt, mit dem Tode bedroht und durch Schläge auf die nackten Fußsohlen schwer mishandelt. Ferner werden die Terrorakte von Siemianowice, Hobenbirk und Gollobowitz ausführlich geschildert. Es wird dazu bemerkt, die Vorfälle in Hobenbirk seien von dem Präsidenten der örtlichen Kommission an Ort und Stelle untersucht worden, der sich von der Schwere der Gewalttaten überrascht habe. Der Massenüberfall, der sich stundenlang hinzog, habe sich abspielen können, ohne daß die Gemeindebehörde oder die Polizei dagegen eingeschritten wäre. Die Dorfkommunen seien aus einer großen Zahl ähnlicher Fälle herausgegriffen, deren Aufzählung sich noch erheblich vermehren ließe.

Kurze Erwähnung verdient nun noch, daß den blutigen Vorfällen in Siemianowice seit Mitte Oktober eine große Anzahl von Sachbeschädigungen, meist Zerstörung von Fensterscheiben und Wandschäden von Sitzungsärräumen und anderen Minderheitsangehörigen vorausgegangen seien, die gerade in diesen Orten die organisierte Planmaßnahmen des Terrors besonders deutlich hätten erkennen lassen.

Weiter heißt es in der Note: Die deutsche Regierung hat bei Erfüllung des ihr vorliegenden Materials durchaus die Erfahrung in Rechnung gestellt, daß in Zeiten eines politischen Wahlkampfes die Leidenschaften der Bevölkerung errect zu sein pflegen und daß in solchen Zeiten Ausschreitungen gegen politische Gegner von den Behörden nicht immer verhindert werden können. Mit solchen Erscheinungen des Wahlkampfes lassen sich die geschilderten Vorfälle in Hobenbirk in keiner Weise vergleichen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß es in Oberschlesien, wo es innerhalb der polnischen Mehrheit starke Bevölkerungsgruppen gebe, die in schwarmartigen Gruppen zur Regierung ständen, terroristische Akte ihnen gegenüber nicht vorkommen seien. Es handele sich also um eine bewußte und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit, die von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend gesubliert werden seien. Am Mittelpunkt des Kampfes gegen die Minderheit steht der lokale Ausländerverband, Ehrenvorstand dieser Verbands sei der Woiwode von Schlesien. Viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltungen hätten zu seinen führenden Mitgliedern. Der Verband sei seit Jahren die treibende Kraft aller Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit und der Organisator eines systematischen Feldzuges gegen das Deutschtum. Seine Bedeutung in Oberschlesien sei um so größer, als seine 40 000 Mitglieder sich durch die einflußreiche Persönlichkeit des Vorsitzenden und die in sonstigen hohen Staatsstellungen befindlichen leitenden Unterführer bei allen ihren Schritten gedeckt fühlen und von der Polizei keinerlei Schwierigkeiten erwarten.

Im dritten Teil der Note wird zusammenfassend festgestellt, grobe Teile der deutschen Minderheit sind durch willkürliche Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechts abgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Der Terror, unter dem die deutsche Minderheit leidet, geht im wesentlichen vom Ausländer-Verband aus, der die Aktion gegen das Deutschtum zielbewußt vorbereitet und durchgeführt hat. Der Verband arbeitet im einzelnen mit den Behörden. Der höchste Beamte von Polnischer Oberschlesien ist Vorsitzender, viele hohe Beamte sind führende Mitglieder. Die Polizei vernachlässigt durchweg ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttäterschaften, denen die Minderheit ausgesetzt ist, entweder überhaupt nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift.

Die deutsche Regierung erwartet, daß der Volkerbundrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Reichslosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Der Weg zum neuen Kaufmannstand.

Das Mitglied des Verwaltungsrates des DKB, Herr Milgrom, sprach am 1. 12. 1930 in der Elbterrassé über das Thema „Der Weg zum neuen Kaufmannstand“.

Der Redner ging bei seinen Darlegungen davon aus, daß die gegenwärtige Not sich nicht nur auf einen bestimmten Kreis erstrecke, sondern daß durchaus von einer allgemeinen Not gesprochen werden könne, ohne daß eine Verschärfung in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Ein großes Misstrauen habe Platz gegriffen und überall spüre man eine tiefe Sehnsucht nach einer endlichen Besserung der Dinge. In einer solchen Zeit sei es wichtig, sich die Kräfte zu stellen, ob berufständische Organisationen noch Zweck hätten, besonders für den DKB, der die berufständische Idee stets stark vertreten habe. Es fragt sich ob die Arbeit des Verbandes auch für die Zukunft noch richtig sei. Falls nein, müsse die bisherige Einstellung geändert werden. Die Frage der Notwendigkeit berufständischer Arbeit sei aber durchaus an bezüglich. Ein Verband, der mitten im praktischen Leben steht, kann gerade in dieser Zeit kein Sonderleben führen. Die ganze Verantwortlichkeit des DKB sei ein zielbewußter Weg zur Standesbewertung. Dabei sei jedoch der Verband stets bestrebt gewesen, sich allen Handlungen anzupassen. Auch heute sei der DKB nicht in der Lage, diesen Weg zu verlassen und einfördern ein Sammelsurteile von Arbeitnehmern zu werden. Große Gefahr besteht, daß die jeweils Monatsbefordnung in der Weise bestimmt werde, daß künftig der Kaufmannschaft nach Stundenlohn bezahlt werde. Das ist zweifellos einer Herabdrückung ins Proletariat gleichzusetzen. Die Anforderungen an die Angestelltenchaft seien keinesfalls geringer geworden, auch nicht durch die inzwischen durchgeführte Nationalisierung. In nicht weniger als 70 Gewerbezweigen seien Mitglieder des Verbandes beschäftigt. Das Aufstauen der Industrie, besonders des Großhandels, habe diese Entwicklung zur Folge gehabt. Jede Wohlthat, selbstständig zu werden, ist fortgesunken. Heute verschwinden auch die selbstständigen Kaufleute mehr und mehr durch die Gesellschaften des anonymer Kapitals. Auschlaggebend seien nicht die Angestellten, sondern das Kapital, das keine Rücksicht auf persönliche Werte und Wünsche des einzelnen nimmt. Die Sicherstellung der Existenz läge nicht mehr in der Macht des einzelnen. Vielmehr bestände die Gefahr der verblümten Entmutterung, der Revolting und des Herabsturzes ins Proletariat. Für den Verband ergebe sich die Verantwortung, daß zu verbüßen und dem einzelnen die Verantwortlichkeit zu retten, dadurch, daß anstelle der Einzelverantwortlichkeit die Standesgemeinschaft gelehrt werde. Die übliche Methode, besonders der Arbeiter-Gewerkschaften, die allgemein betrachtet, nur auf sozialistische gestellt sei, kommt für den DKB nicht in Frage. Der Tarifabschluß könnte unumstößlich ausgehen werden, allein schon um den jungen Angestellten eine angemessene Entlohnung zu sichern. Der DKB fordere unbedingt vom Staat das Recht der Selbstverwaltung, zumal 9 Prozent aller in kaufmännischen Berufen Tätigen sich in abhängigen Stellen befinden. Eine einheitliche Bewegung, die sich selbst trennt, werde auch in der heutigen Zeit der Massenbewegungen durch ihre Wirkungslosigkeit behaupten. Ein Volk, das wieder zu Unken kommen will, brauche dazu auch das Standesbewußtsein der kaufmännischen Angestelltenchaft und deren verantwortliche Mitarbeit. Praktischer Idealismus, der häufig sei, Opfer zu bringen, sei stets im DKB zu finden gewesen.

Besonders eingehend ging der Redner auf die Verbesserung der Beiträge und Einsagen bei der Verbandsparade ein. Alles werde dazu verwandt, soziale, kulturelle und politische Aufgaben zu leisten. Zur Zeit würden allein 186 000 RM. monatlich für Stellenlosen-Unterstützung genutzt. Eine vorstellige Finanzpolitik biete Gewähr der Einhaltung der fahrgemäßen Verpflichtungen und dafür, daß die kommenden zweitlos leidenden Anforderungen ohne weitere Belastung der Mitglieder erfüllt werden könnten. Die Anzahl der Stellenbewerber sei von 12 000 am Jahresanfang auf 30 000 gestiegen. Es schreite die wirtschaftliche Lage, umso größer sei erfahrungsgemäß die Verbandsarbeit. Die dem Verband freiwillig zur Verfügung gestellten Gelder bedeuten einen besonderen Vertrauensbeweis der Mitglieder. Selbstverständlich würden diese Gelder besonders da eingesetzt, wo sie den Bedürfnissen des Verbandes dienen, z. B. im Bau eigener Häuser, um hohe Mieten zu sparen. Die Zahl der eigenen Wohnungen im Hause sei auf 250 gestiegen, deren Wert sich in der kommenden Zeit erst richtig erweisen würde. Solange noch die Aufgaben des Verbandes größer sind als die Gelder die diese Aufgaben befriedigen, sei die Bewegung bestimmt gefund. Die bewußte Gemeinschaftsarbeit, die der DKB bewiesen habe, müsse auch weiterhin der Leistung für den Verband sein.

Die zahlreichen Zuhörer dankten dem Redner herzlich für seine interessanten Ausführungen.

Kunst und Wissenschaft.

Der vierte Künstlerabend — ein Tanzgästspiel — schloß sich den bisherigen drei erfolgreichen Abenden ebenbürtig an. Thea Jolles mit ihrem berühmten russischen Ballett begeisterte den Auf, den ihr die ins- und ausländische Presse aufkommen läßt. Worin besteht nun ihre Eigenart? Sie ist in erster Linie Vertreterin des klassischen Balletts und sorgt durch ihre Schüler und Schülertänzer für Nachwuchs in dieser Kunstrichtung. Der musikalische Rahmen von Thea Jolles strebt vor allem danach, die Gliederung und Phrasierung der Mußstücke körperlich auszudrücken. Dies bewies die Reihe von ernsten und besseren Tanzdichtungen, die in zwei Teilen in abwechselndem Folge dargeboten wurden. — Bekannter Beifall fanden die Cavotte von P. Rameau, graziös von Thea Jolles und Anita Grubl gezeigt, sowie das zeitende Rondo von Beethoven-Kreisler, von Thea Jolles und Edith Heim zierlich gespielt. Die Meisterin selbst bot reizende Kunst in den Solotänzen: „Um Wiesenbach“ (Musik von Domell) und „Tanz mit dem Tod“ (Sibelius). Ebenso entzückt Edith Heim in Mendelssohns Rondo capriccioso. Nicht minder zeigte sich Hans Wagner im ungarnischen Tanz von Brahms und im Wiener Walzer von Strauß als weit vorgetrittenen Schüler. Die niedlichen Kindertriö „Bimbam, bim“ und „Spielkiste“ (Edith Heim, I. Böhm und D. Stolze), sowie der drastische „Matrioschtanz“ (Thea Jolles u. Anita Grubl) länden solchen freudigen Beifall, daß sie wiederholt werden mußten. Ein Gruppen-tanz (III. Kapitole von F. Liszt), in dem Thea Jolles ihren Schülern eine meisterliche Führerin war, bildete den Abschluß des genussreichen Abends. — Die geschmackvollen Röstüme aus dem Theateratelier von Oskar Hayse versuchten und charakterisierten die einzelnen Tänze. — Einen räumlichen Anteil an dem großen Erfolge hatte auch Oskar am Keller. Er betätigte sich nicht nur als anschmiegamer, direktorierter Begleiter, sondern zeigte sich auch in den Solotänzen: „Mondbchein“ von Claude Debussy und „Walzer“ von F. Chopin (in E-Moll) als ein bedeutender Klaviervirtuos. Herzlicher Beifall dankte für die Darbietungen den Künstlern und dem Veranstalter.

Deutsches und Sachsisches.

Kiel, den 3. Dezember 1930.

— * Wettervorbericht für den 4. Dezember.
(Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.)

Seine wesentliche Aenderung, nichts noch etwas stärkerer Frost.

— * Toten für den 4. Dezember 1930. Sonnen-

aufgang 7.48 Uhr. Sonnenuntergang 15.54 Uhr. Mond-

aufgang 14.37 Uhr. Monduntergang 8.00 Uhr.

1875: Der Dichterainer Maria Milke in Urag geb.

(gest. 1926).

1900: Der Maler Wilhelm Leibl in Würzburg gest.

(geb. 1844). *

— * Autobrand. Auf der Goethestraße unmittelbar vor unserem Verlagsgebäude geriet heute vormittag in der 8. Stunde das einer kleinen Eisengroßhandlung gehörende Kleinauto, das gerade gestoppt hatte, plötzlich in Brand. Alle Bemühungen, das Feuer zu ersticken, mißlangen, so daß von dem jetzt neuen Kraftwagen nur noch ein verhornte Kerippe übrig blieb. Gegen 1/4 Uhr wurde das lichterloh brennende Verlehrshindernis gelöscht und beseitigt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Wie üblich, bildete das Feuer zur Zeit des Geschäfts- und Schulbeginns Anziehungskraft von alt und jung. — Über den Brand liegt uns folgender Polizeibericht vor: „Heute vormittag gegen 8 Uhr ist auf der Goethestraße vor dem Grundstück 57 an der Tantzecke der Kraftwagen mit dem Kennzeichen II 92 111 auf noch ungeklärte Weise in Brand geraten. Dienenden Personen, die Augenzeuge des Vorganges waren, werden gebeten, sich beim Kriminalposten zu melden.“

— * Verkehrsunfall. Auf der Straße von Riesa nach Röderau stürzte gestern nachmittag ein Motorfahrrader. Er kam mit leichten Hautabschürfungen noch glimpflich davon.

— * Wohlfahrtsbriefmarken. Die geschmackvoll ausgeschriebenen diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken erfreuen sich eines verhältnismäßig guten Absatzes. Ihre Verwendung müßte sich aber noch viel allgemeiner einbürgern. Jedes Gefäß und jeder Einwohner müßte es sich vornehmen und durchführen, einmal eine Postkarte seine Poststelle mit Wohlfahrtsbriefmarken zu frankieren. Der Wohlfahrtsaufschlag ist doch bei weitem nicht mehr so hoch wie früher, wo er 100 Prozent betrug. Heute beträgt er bei den beiden gebräuchlichsten Marken nur noch die Hälfte oder ein Drittel, bei der Achtpfennig-Marke 4 Pf. und bei der Dünnpfennig-Marke nur 5 Pf. Diese geringen Aufschlag müßte doch jeder einmal anwenden können, um auf diese Weise mitzuhaben am großen Werk der Deutschen Wohlfahrt und am städtischen Hilfswerk. Auch aus vielen kleinen Beiträgen ließen größere Summen zusammen, die nützbringend für Notleidende angewendet werden können. Die Marken gelten in vollem Umfang für das Inn- und Ausland bis 30. Juni 1931. Sie sind zu haben beim städtischen Wohlfahrts- und Jugendamt, Rathaus Zimmer 12, bei der Stadtsparkasse und bei den Verwaltungsstellen Gröba und Wieda. Die Schönheit der Marken, die in diesem Jahre erstmalig deutsche Städtebilder zeigen, ist aus dem heutigen Tagesschlag für Groß-Riesa deutlich hervortretend.

— * Springer's Weihnachts-Kasse und im Hößner-Saal.

Der Dresdner Künstler Bernhard Springer, dem hiesigen Publikum durch seine früheren Veranstaltungen bestens bekannt, hatte nach längerer Pause wieder einmal sogenannte Kassettenkunst angekündigt, deren erste gestern nachmittag und abend stattfanden. Bernhard Springer hat sein Versprechen, den Besuchern einige geschmackvolle Stunden zu bereiten, voll und ganz eingehalten. Die abwechslungsreichen Darbietungen, die nicht nur Durchschnittsleistungen sind, sondern sich auf beachtlicher Höhe bewegen, fanden durchwegs Anerkennung des Publikums.

Eine kleine Schatze bewährter Künstler ist diesmal gewonnen worden. Das Programm verzichtet Namen, die für etwas Schönes und Gediegenes bürgern. Da sei zuerst die wohl vielen Rundfunkhörern bekannte Rundfunk-Souzette Weltausstellung Wiesbaden genannt, die durch ernstere und heitere Gesänge sich aller Herzen erfreuen. Die beliebte Sängerin erntete schon bei dem ersten Viererwettbewerb „Das Märchen vom Glück“ Karren Preisfall, der sich immer mehr steigerte, als die folgenden lustigen, aber durchaus dezenten Viedchen verfliegen waren. Auf dem Gebiete der höheren Tanzkunst boten der hier nicht mehr fremde jugendliche Werner Orlis und seine Partnerin Erna Gaff sowohl in Einzelaufführungen, wie gemeinsam als Tänzerpaar Entzückendes. Als feinfühlige Violinvirtuosen lernten wir Fritz Goll kennen, der durch feinsteres Spiel seinem Instrumente gar wunderbare Töne entlockte. Aufs angenehmste unterhalten wurden die Anwesenden auch durch die erstaunlichen Vorführungen des modernen Geigenmeisters Manfredo. Die gewinnende, humorvollwitzige Vortragart, mit welcher er seine Künste umrahmt, erweckte allgemeine Heiterkeit. Am Klavier sah Erich Schneider als verständnisvoller Begleiter hümlicher Darbietungen. Der Sohn des Gatten Bernhard Springer, kennzeichnete sich wiederum als liebenswürdiger Ansager und Humorist, aber auch als erkrankter Regisseur, wie dies so recht bei der Vorlesung der eindrucksvollen Erzählung „Wittersteine“ zur Gelbung kam. Alles in allem — es war ein stimmungsvoller Abend. Der Schluß des heute abend stattfindenden Schlusskonzertes kann daher bestens empfohlen werden. — Außerhalb des Parkett und oben auf der Tanzfläche haben in geschmackvoller Aufmachung verschiedene bissige und auswärtsige Geschäftsinhaber ausgestellt.

— * Briefmarkensammler. Wir hatten bereits einmal darauf hingewiesen, daß sich in Riesa eine Vereinigung der Briefmarkensammler gebildet hat. Das in unserer Stadt für eine solche Vereinigung Interesse vorhanden ist, geht daraus hervor, daß der Mitgliedsbestand der Vereinigung inzwischen ein solcher geworden ist, daß der Bestand der Vereinigung gewöhnt ist. Die nächste Zusammenkunft findet Donnerstag, den 11. Dezember 1930 um 20 Uhr im Saalhaus „Zum goldenen Löwen“ statt. Alle Briefmarkensammler sind hierzu willkommen.

— * Bürgersteuer und Arbeitslohn.

Der Reichsminister der Finanzen regelt in einem Rundschreiben die Erhebung der Bürgersteuer durch Abzug vom Arbeitslohn. Sowohl die Bürgersteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird, belastet sich die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Einbehaltung der Bürgersteuerzettel vom 10. Januar und 10. März auf die Hälften, in denen der steuerpflichtige Arbeitnehmer am Rüttelfesttagen der bestreitenden Bürgersteuerzettel in seinen Diensten gestanden hat. Ist für den Arbeitnehmer bei der auf den 10. März folgenden Lohnabzahlung wegen Nichtüberreichung der Einheitssteuerzettel keine Steuerabzug vom Arbeitslohn (Bürgersteuer) nicht vorzunehmen, so ist auch die am Arbeitgeber nicht eingebuchte.

— * Futterhaus für die Vögel.

Ein prächtiges Futterhaus für die Vögel muß Schutz vor Füßen und anderen Vogeleinden bieten, leicht zu reinigen sein und muß von den gefiederten Sängern gern aufgezählt werden. Am besten bleibt das Futterhäuschen nur überdeckt, d. h. die vier Seiten sind offen, damit die Vögel nach allen Richtungen abfliegen können, falls sie sich bedroht fühlen. Hanf, Sonnenblumenflocken, Ebereschenbeeren, Weißfutter gibt man täglich frisch. Blanke Vögel freien Küchenabfälle, Fleischstückchen usw. Immer wieder muß über darauf hingewiesen werden, daß die Küchenabfälle Kartoffeln, Brotröcken u. a. rasch sauer werden und

— * Eine wichtige Fürsorgeentscheidung. Der Geschwerdeausschuß beim Sandeswohlfahrts- und Jugendamt hat lobend eine Entscheidung getroffen, der grundsätzliche Bedeutung für die Behandlung gefährdet junger Menschen durch die Wohlfahrts- und Jugendämter aufweist. Danach gehört eine den erzieherischen Bedürfnissen des Kindesfähigen angemalte Unterbringung in einer Familie oder in einem geeigneten Heim zu den Pflichtleistungen eines jeden Betriebsförsorgeverbandes, ohne daß gleich Fürsorgeerziehung angeordnet zu werden braucht. Die Wohlfahrtsämter haben vielmehr in jedem Einzelfalle zunächst zu prüfen, ob anderweitige Unterbringung als ausreichend anzusehen ist, bevor sie Antrag auf Fürsorgeerziehung stellen. Die Zuordnung der Fürsorgeerziehung bedeutet einen viel zu schwer wiegenden Eingriff in das Leben eines Kindes.

— * Entschädigung der gewerbsähnigen Stellenvermittler. Die deutschnationale Reichsregierung hat an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, in der auf die Erzeugung hingewiesen wird, die in Kreisen der gewerbsähnlichen Stellenvermittler durch die angedachte Absicht der Regierung, die Entscheidung für die Ende des Jahres ablaufende Gewerbebefreiung durch eine Ausdehnung der Konzession abgesehen, entstanden ist. Es wird gefragt, ob diese Verluste aufstellen, ferner ob die Reichsregierung bereit ist, den Stellenvermittlern statt der weiteren Ausdehnung der Konzession um zwei Jahre eine entsprechende Geldentschädigung zu gewähren. Schließlich fordert die Interpellation Anerkennung des Entschädigungsversuches bei allen gewerbsähnlichen Stellenvermittlern, die bis zum Erlass des Gesetzes vom 18. Juli 1927 die Erlaubnis zur Ausübung des Gewerbes erhalten hatten.

— * Preisfeststellung und Mietszinss. Der Verein für Mieterschutz (Selbsthilfverein) hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die hunderte Unterbrechungen anlebener Firmen trägt und in der es heißt: „Die unterzeichneten Ladenmietern und Geschäftsräumtmietern, die zum Teil Wohnhausbewohner sind, billigen durchaus die Antritt der Reichsregierung, daß die von ihr in die Wege geleitete Wohn- und Geholdestentzung begleitet sein muß von einer Entfernung der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, namentlich der Kleinverkaufsware wichtiger Lebensmittel, damit nicht eine einseitige und dauernde Entfernung des Lebensstandards der Beamten und Arbeiter eintritt. Wir erlauben uns nun, Ihnen aufmerksamkeit daran zu lenken, daß es den meisten Laden- und Geschäftsräumtmietern auch beim besten Willen unmöglich ist, sich an den allgemeinen Preisfeststellung zu beteiligen, so lange und der gegenwärtig herrschende Geschäftsräumtmietkampf langsam zu Ende wirkt. Seit dem Inkrafttreten der Verordnungsverordnungen der Länder sind die Laden- und Geschäftsräumtmietern in den deutschen Städten vereinzelt worden. Hätte diese Mietstreitkampf schon in der Vorkriegszeit eingestellt, so wären damals schon Massenbankrotte erfolgt. Heute, wo die Umsätze geringer sind, und weniger verdient wird, als vor 1914, sind die Mietwucherfolgen noch verhindernd, da vielfach Reserven- und Betriebskapital langsam aufgespart sind. Der Umsatz fällt, die Miete steigt, die Verbildung wächst, der Zusammenbruch ist nur noch eine Zeitfrage. Die Mietwucherparagraphen gelten ausschließlich nur für die kleinen Sünden. Ein großkonsolidierter Hausbesitzer mag sich offenbar kein Staatsanwalt heran. Mieteinstigungsämter, Gerichte und gerichtliche Sachverständige sind unter dem Einfluß falscher Theorien und Druckschlüsse missbilligt worden an der Ausarbeitung des Mittelstandes, der Kaufleute. So bald unter Mietzins auf ein erträgliches Maß zurückgeführt ist, sind wir gern bereit, uns an dem allgemeinen Preisabbau durch Entfernung unserer Verkaufsstreite zu beteiligen.“

— * Sachsen's ehemalige Jäger und Schäfer in Meerane. Die Abteilung Jäger und Schäfer im Deutschen Alteigerverein Meerane hielt eine Sitzung ab, die sich mit den Wahlen der einzelnen Ausschüsse für das Jäger- und Schäfertreffen 1931 beschäftigte. Der 21. Generalappell ehemaliger Jäger und Schäfer findet am 16., 17. und 18. Mai 1931 in Meerane statt. Zum Ehrendorffenden wurde Banddirektor Carl Moeschler Meerane gewählt.

— * Tarifbindung in der sächsischen Metallindustrie. Der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Dresden, hat ebenso wie der Arbeitgeberverbund der Metallindustriellen im Freistaat Sachsen, wie wir bereits berichtet, den Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten und die Werkmeister in der Kreishauptmannschaft Dresden zum 31. Dezember des J. gegründet.

— * Landtag antrags. Die kommunistische Landtagsfraktion fordert in einem Antrage von der Regierung einen Bericht über die Verteilung der Mietomission an der Universität des Mittelstandes, der Kaufleute. So bald unter Mietzins auf ein erträgliches Maß zurückgeführt ist, sind wir gern bereit, uns an dem allgemeinen Preisabbau durch Entfernung unserer Verkaufsstreite zu beteiligen.

— * Warnung vor unreellen Stellenvermittlern. Es tauchen immer wieder unsaubere Elemente auf, die sich nicht scheuen, den notleidenden Erwerbslosen die letzten Marktstände unter großen Versprechungen, ihnen im Ausland eine Stellung zu verschaffen, aus der Tasche zu lösen. Die Auslandabteilung des GDW, die in ihrer Zeitschrift „Der Handelsstand im Ausland“ von lebendigen Schwindelstücken im Ausland vorgegangen ist, hat neuerdings festgestellt, daß die deutschen Zeitungen wieder von Schwindelangeboten besonders aus Holland überflutet werden. Unter bombastischen Firmennamen wird die Vermittlung von Stellungen angekündigt. Wer seine Bewerbung erhält der Antragende die Auforderung, 5, 10, 20 oder sogar 40 Mark Ration, Kosthalde oder Unterschranken vorher einzuzahlen. Natürlich erfolgt auf die Geldsendung keine weitere Betätigung dieser Firmen. Es wird z. B. dringend gewarnt vor der Deutlich-holländischen Kolonial-Firma „The German African Trading Co. in Willemstad“, ferner vor der „Sunda Traffic, Rotterdam“ und vor „Abteibureau Niederländisch Indien, den Haag“. Da weitere Schwindelstücken fast täglich auftauchen, wird zusammenfassend dringend davor gewarnt, auf Stellenangebote Geldbezüge einzulenden. In allen Ländern und besonders in Holland, Niederländisch-Indien wird, besteht ein Überangebot von Arbeitskräften. Es muß daher jedem Vermittlungsangebot nach diesen Ländern großer Vorsichtswarnting gegeben werden.

— * Futterhaus für die Vögel. Ein prächtiges Futterhaus für die Vögel muß Schutz vor Füßen und anderen Vogeleinden bieten, leicht zu reinigen sein und muß von den gefiederten Sängern gern aufgezählt werden. Am besten bleibt das Futterhäuschen nur überdeckt, d. h. die vier Seiten sind offen, damit die Vögel nach allen Richtungen abfliegen können, falls sie sich bedroht fühlen. Hanf, Sonnenblumenflocken, Ebereschenbeeren, Weißfutter gibt man täglich frisch. Blanke Vögel freien Küchenabfälle, Fleischstückchen usw. Immer wieder muß darüber hingewiesen werden, daß die Küchenabfälle Kartoffeln, Brotröcken u. a. rasch sauer werden und

durch eine große Gefahr für die Jungfräulein. Und nun ist es, täglich das Winterfest zu feiern; auch der zeitigste Frühling des Jahres sollte später abgedeckt werden. Weil sie Spezialitäten, an denen sie mit Vorliebe picken, bekannt sind auch die praktischen Butterkugeln, bei denen die verschleierten Mörder im Zaig eingekommen sind. Wissenden geben die Hände nicht gleich an diese Kugeln; sind sie aber erst einmal angeklickt, so werden sie oft in kurzer Zeit völlig aufgetischt. Setzt die Kinder zur regelmäßigen Butterung der Jungfräulein an; sie werden ihre große Freude dabei erleben.

Die kommt es, daß um die Jahrzeit viele Wintergerichte feiern? Werden sie dann gebaut, daß die Wintergerichte völlig eingesetzt und doch leben die Blumen noch und werden sich von neuem im Frühling wieder erholen. Wir wissen, daß Wintergerichte sehr empfindlich ist gegen Kältemangel und daß sie ähnliche Erscheinungen aufweist, wenn der Boden sauer wurde. In solchen Fällen gehen aber noch dem Gelbwurz die Blumen ein, und es verfaulen nicht nur die äußeren Blätter. Auch auf Kältemangel ist das Vergilben nicht zurückzuführen, sondern der Regel ist zu frühe Aussaat daran schuld. Seht die Entwicklung der Wintergerichte vor der Vegetationsruhe im Winter sehr weit, wie gerade in den diesjährigen wichtigen Herbst zu beobachten ist, so überwöhnt sie sich sehr stark. Je früher sie gefüllt wurde, um so mehr tritt diese Erscheinung auf. Da ist es auf jeden Fall besser, sie etwas später auszutragen und ihre Entwicklung ohne Störung verlaufen zu lassen. Daher sie man Wintergerichte vor Mitte September aus. Untere neunzig Bildungsorten sind winterfest genug, um normalen Wintern auch bei später Aussaat standzuhalten.

Dresden. Stiftungsverbrecher. An der Nacht zum Dienstag wurde ein aus Chemnitz gebürtiger und vorübergehend hier aufzuhaltender Händler wegen versuchten Stiftungsverbrechens vorläufig festgenommen und durch die hiesige Gendarmerie dem Amtsgericht Riesa aufgefordert. Er hatte sich am Montag abend mit einer geschiedenen Ehefrau aus dem näheren Umgebung in einem kleinen grünen Bierlokal zum Wurstspiel niedergelassen und begleitete schließlich seine Partnerin auf dem Heimweg, der im später Abendstunde angetreten wurde. Hierbei versuchte der Händler mit Gewalt die Frau zu unschönen Handlungen zu bringen. Durch Hilfslauf und energische Abwehr war es der Frau möglich, das Verbrechen zu verhindern.

Wittenberg. Die vom bestien Männerarbeitsverein am 9. November vor unverkennbarem Hause aufgeschlossene Querette: "Der Weg ins Paradies" an wiederholten, war eine glückliche Idee, denn von vielen Seiten war es bedauert worden, daß man der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften damals der Ausführung hatte nicht befreien können. Der Saal des Rathauses Kommunikum am Bahnhof war denn auch am vergangenen Sonntag sehr gut besetzt und man sah ganze Tische von den Bewohnern der Ortschaften Niederschönhausen, Rosenthal, Werder, Streunen und Wittenberg selbst eingenommen, welche der bekannt gewordene Schriftsteller ersten Ranges herbei gelockt hatte. Es platzte und gejungen wurde wieder einmal und es sei an dieser Stelle noch besonders vermerkt, daß Frau Bonitz (als das Dienstmädchen der Familie Winneberg) recht zum Gelingen des 1. und 2. Aktes beigetragen hat, was auch der Fall bei den Damen Frau Paulsen und Frau Bonitz war, die zumal im 2. Akt recht lustige Witzen wiedergaben. Die Leitung der Aufführung lag natürlich wieder in Händen des befreiten Direktors, Herrn Kantor Schubhardt, und die mitwirkenden Mitglieder der Osthauer Stadtkapelle, des Herrn Direktors Beyer, lägten sich tadellos ihrem Dirigenten an. Ein gemütliches Lämmchen bildete auch diesmal den Schluss des Festes.

Wadewitz. Vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Jugendverein einen Theaterabend. "Der Jugend Schulz gelingt", ein Drama in 3 Akten, gelangte zur Aufführung. Die einzelnen Rollen waren sehr gut besetzt und wurden in blendender Weise wiedergegeben. Das zahlreiche Publikum spendete reichlich Beifall und es durfte wohl jeder mit der Bekleidung, einen geruhsamen Abend verlebt zu haben, nach Hause gegangen sein. Für Sonntag, den 7. Dezember, ist eine Wiederholung im Gasthof Bautzen geplant.

Großenhain. Die Verabschiedung des Herrn Schauspielchefkonservator Stadtverordneten Dr. Götschals, der nunmehr mit dem 30. November 1930 in den dauernden Ruhestand getreten ist, erfolgte am Montag mittag an Maiestätte. Vertreter des Rates und der städtischen Kollegien, sowie der Beamenschaft und der Fleischherinnerung hatten sich eingefunden.

Sornewitz. Glück im Unglück hatte vor einigen Tagen eine Dame, mit ihrer eleganten vierflügeligen Fiat-Umwunde von Dresden nach Meißen fahrend, eingangs unseres Ortes. Ungefähr — eine schnurgerade Straße, eine scharfe Linksdrehung, und der Wagen saust die zwei Meter hohe Brüstung hinunter, blieb an einem Sträuchlein vorbei auf die Wiese, welche durch die Postwache 20 Centimeter unter Wasser stand. Einige vorüberfahrende Motorradfahrer brachten die etwas erfrorene und blaß gewordene Auterin zurück auf die Straße, während einige andere Peute das Auto aus dem nassen Element auf die Straße brachten. Nachdem sich beide Insassen von ihrem Schreck erholt hatten, konnten sie ihre Reife in Richtung Meißen ohne Reparatur fortsetzen. Es soll die Steuerung verlagert haben oder sonst etwas, was eben bei einem Auto manchmal vorkommt.

Dresden. Brand in einer Teerfabrik. Am Dienstag mittag in der 2. Stunde entstand in einer Teerfabrik auf der Rankestraße ein Schaden, das größtmögliche Ausmaß anzunehmen drohte. Es brannten ein Teerkessel, sowie Kohlen, Holz usw. Auch Türen und Fenster waren bereits vom Feuer erglühten. Die Feuerwehr löschte den Brand mit einer Schlauchleitung und unter Wasseraufnahme eines Schlauchförderers. Die Brandursache ist unbekannt.

Dresden. Folgenschwere Meinungsverschiedenheiten. In einem Hause auf der Ostbahnhofstraße gerieten in der Nacht zum Dienstag einige Haushaltbewohner miteinander in Streit, der in eine schwere Schlägerei ausartete. Dabei wurde eine mitbeteiligte 41 Jahre alte Schneiderin schwer am Kopf verletzt, daß sie ins Krankenhaus überstellt werden mußte.

Dresden. Zum Kraftwagenfahrerwerk. Im Zusammenhang mit dem Teilkreis der Autobahnfahrer fand es gestern mittag in den Haushalten zu Zusammenrottungen. Die Polizei trieb die Demonstranten, die teilweise mehrere hundert Mann zählten, ohne nennenswerte Gewaltanwendung auseinander. Es wurden einige Schüsse abgefeuert. Die Menschenansammlungen, besonders an den Parkplätzen der Autobahnen, dauerten in den ersten Nachmittagsstunden noch an. — Von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion ist im Stadtratssitzungskollegium der Antrag eingereicht worden, den freien Teilnehmer der Autobahnfahrer Gehilfen durch Sicherung von Stoffen usw. zu gewähren.

Dresden. Den Verlegerungen erlegen. Am Sonnabend nachmittag war Eddie Krebs und Borbergstraße eine 50 Jahre alte Frau beim Überqueren der Fahrbahn, wahrscheinlich durch eigenes Verschulden, von einem Straßenbahnenwagen angefahren und an Boden geschleudert worden. Die Frau war mit schweren Verlegerungen ins Johannistädter Krankenhaus übergeführt worden, wo sie künstlichen verstorben ist.

Dresden. Die "Fremdenposthoff" vom Kriegsverfolgungsamt. Vor kurzem erschien bei der hochbetagten Witwe eines Offiziers in der Postamtstrasse ein jüngerer Mann und fragte dieser, daß er sie unter vier Augen sprechen möchte, um ihr eine freudige Mitteilung zu machen; sie nahm ihre annehmende Robe aus dem Zimmer holen. Die jüngere Person ließ ihre Robe heraus, da der Mann auf seiner "Dienstvorfchrift" bestand. Dann erschien er um eine Stunde für die Krüppelpolizei. Als die Dame ihrem Sohn das Selbstfahrt entnommen hatte, machte sich der Unbekannte daran zu schaffen und verließ plötzlich unter einer Warnung des Simmers. Als die vor Tore über das Geschäft ganz sonnenreiche Dame mit ihrer Robe in den Selbstfahrt nachsah, war ein Hünfzigmarkstein, der momentane Gelbschein der Kreislinie, verschwunden. Die verhängnisvolle Kriminalpolizei nahm die Erkundungen auf. Bislang ist jedoch nichts mehr davon, daß der dreiste Dieb, der schon mehrfach unter einem Vorwand da war, auch bei anderen älteren Offizierinnen sein Planwerk verübt, hier allerdings mit weniger Erfolg.

Dresden. Wer ist "Krauseff"? Wie die "Dr. R. M." aus außeräusserer Quelle erfahren, ist der Russe Alexander Krauseff, gegen den bei der Staatsanwaltschaft Dresden ein Unterforschungsverfahren wegen Betrugs und Urfundfertigung schwert und gegen den demnächst Anklage erhoben werden soll, seit vielen Jahren unter falschen Namen gezeigt. Bei den zahlreichen polizeilichen und Staatsanwaltschaftlichen Erörterungen über das Vorleben Krauseff stellt sich fast allgemein heraus, daß der Mann richtig Matiaski heißt.

Dresden. Eigenartiges Spiel des Aufalls. Dieser Tage entstehen der Untersuchungsbehörde Hans Röke aus dem Schlosshüttner seines Meisters, wohin er aufgestellt worden war und konnte nicht wieder ergriffen werden. Am Sonnabend bezog sich der Justizoberwachtmeister Steglich zwecks Entfernung in das Mindesthaus von Friedebel. Steinstraße und traf dort den Entflohenen beim Ausprobieren einer Saxonhonsplatte an. Man verständigte die Polizei, die Röke festnahm. Er bestritt zuerst energisch, der Gesuch zu sein und führte falsche Papiere bei sich. Röke wurde der Gefangenanstalt wieder zugeschickt.

Dresden. Kleines Gewölbe. Das kleine Gewölbe ist wegen Hauptentlastung in der Zeit vom 8. bis 28. Dezember für die Polizeiabteilung geschlossen.

Nirna. Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz. Am Sonntag fand hier die Oberhoheiterversammlung des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz statt. Der Vorsitzende, Regierungsrat Prof. Dr. Lampe, Dresden, redete zunächst mit ehrenden Worten des Ehrenmitglieds und Ehrenvorsitzenden Prof. Weiß, der fürstlich sein 40. Lebensjahr vollendet konnte. — Der Meistertrast aus dem vom Verein unterhaltenen Bootshafen auf der Oberen Schleuse soll ausschließlich zu Wohltätigkeitszwecken Verwendung finden. — Oberförsterarzt Dr. Brabant berichtete über die Wiederaufstellung im Gebirgsverein, die sich in freudigem Maße befindet. — Handelschultheißer Emmerich Schmid machte ausführliche Mitteilungen über die im November in Teilen abgeholte Zusammenfassung der sächsischen und nordböhmischen Gebirgsvereine. Gemeinkam mit der Bergmacht Spaten und dem Verein für Radfahrer fand im Januar 1931 eine Lotterie veranstaltet werden, deren Erlöse, soweit er dem Gebirgsverein zugute, für gemeinnützige Zwecke verwendet werden soll.

Hochkirch. Verhafteter Rassendäuber. Zu dem frechen Rassendäuber in der Wollwirtschaft von Stange ist noch zu berichten, daß der Täter bereits am Montag in Bautzen in der Region eines Schlosses aus Bauen festgenommen werden konnte. Er hat bereits noch zwei weitere Rassendäuberei in der gleichen Wollwirtschaft in Hochkirch und in einem Geschäft in Bautzen ausgetrieben.

Leipzig. Ein Kind entführt. Der Kaufmann Erich Wittmann in Helbenau, früher in Spangenberg wohnhaft, ist beschuldigt, im August 1929 sein am 11. August 1928 unbedlich geborenes Kind dem Vermund entzogen zu haben. Er will den kleinen Aufenthaltsort des Kindes nicht kennen und behauptet, in der Zeit von Ende November 1928 bis August 1929 auf Insidore, in denen nach Kindern zur Adoption gesucht wurde, geforscht zu haben. Darauf habe er ein Monat gemeldet, der ein Kind adoptieren wollte. Dieser habe zur Bedingung gemacht, daß Wittmann weder seinen Namen nenne, noch seine Anschrift erkläre. Vereinbarungsgemäß will W. am 23. 8. 29 das Kind in einem Kraftwagen nach einer bestimmten Stelle zwischen Spangenberg und Schnellrode gebracht haben. Die Adoptiveltern seien ebenfalls im Auto angekommen und mit dem Kind davongefahren. Der Mann habe leicht weithin hörbares Gespräch und durchdringliche Lärm, daß er Besitzungen zu Standesbeamten habe. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Adoptiveltern in den öffentlichen Registrern irgendwelche falschen Buchungen bewirkt haben. Da Wittmann seinerseits Papiere (Geburtschein, Kaufurkunde usw.) besaß, Sachdienliche Mitteilungen, die zur Errichtung des Aufenthaltes des Kindes oder der Adoptiveltern führen könnten, werden an das Kriminalamt Leipzig oder an die nächste Polizeidienststelle oder an den Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Dresden erbeten.

Leipzig. Wieder zwei Schätzkonakte vor Weihnachten. Wie vom Leipziger Verband des Einzelhandels mitgeteilt wird, werden die Geschäfte in Leipzig wie auch im vergangenen Jahr an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, also am 14. und 21. Dezember, geschlossen.

Leipzig. Ein fünfzehnjähriger gehängt aufgehängt. Im Keller eines Gewerbegrundstücks in der Hospitalstraße wurde am Dienstag nachmittag der 15 Jahre alte Wirtschaftler Werner G. gehängt aufgefunden. Wieder belebungsversuche mit dem Elektromotor blieben ohne Erfolg. Der Arzt fand nur den Tod feststellen.

Leipzig. Ein Radfahrer tot aufgefunden. Am Dienstagmorgen gegen 7 Uhr wurde am Eingang vom Stützpunkt Park am Bahndamm die Leiche eines ungefähr 80 Jahre alten Radfahrers aufgefunden. Bueri wurde die Wachkommission alarmiert, doch ist der Mann wahrscheinlich von einem Schlaganfall betroffen worden. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt. — Am Dienstagabendmittag sind in der Wittenberger Straße zwei Kraftwagen zusammengestoßen; beide Wagen wurden auf den Bürgersteig geschleudert, wo einem Spülmeister ein Bein abgerissen wurde; ein weiterer Passant erlitt einen Armbruch. Die Fahrer der Kraftwagen blieben unverletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Chemnitz. Zum Straßenbahnerstreik. Im Laufe des Teilkreises der Straßenbahner kam es bekanntlich verzweiflicht zu Zwischenfällen. Es sind 24 Personen stirbt worden, die im Verdacht stehen, an den Sabotageakten beteiligt zu sein. Das Polizeipräsidium hat wegen der Ausschreitungen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilden und deren Wiederholung nicht ausgeschlossen erscheint, ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel, sowie auch von Versammlungen und irgend weichen Ansammlungen für den Stadtbezirk auf Grund von Art. 128 der Reichsverfassung mit sofortiger Wirkung erlassen. — Zum Stoff der Straßenbahner wird von der Städtischen Nachrichtenstelle heute folgendes mitgeteilt: Der Straßenbahnerstreik wird heute im Laufe des Tages, soweit möglich, in einem gegen gestern verstärkten Maße durchgeführt werden. Voraussichtlich wird er, um Gewalt- und Sabotageakte zu vermeiden, heute wieder gegen 8 Uhr abends eingestellt

werden. Heute mittag finden vom Tarifamt Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt. Wie verhältnismäßig gering die Streikbewegung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß heute früh von einer Belegschaft von 1800 Mann nur 200 Mann nicht den Dienst antreten.

Chemnitz. Löbenthal. Montag starb hier nach schwerem Sehnen der Stadtrat Kommerzienrat Richard Schreiter im 75. Lebensjahr. Er war lange Jahre Deputiert für die städtische Spezialanstalt mit Berghaus und gehörte dem Ausschuss der Schubert u. Salza-A. G. an.

Chemnitz. Benzinerlosion. Im 4. Obergeschoss eines Hauses an der Kurfürstenstraße wurde Montag abends durch eine Benzinerlosion die ganze Wohnungseinrichtung nebst Dachstuhl in Brand gestellt. Bei den Flammen erlitten zwei Personen Brandwunden; eine Frau wurde ins Krankenhaus geschafft.

Burgstädt. Bürgermeisterwahl. Die Wunschestadt des Bürgermeisters Dr. Müller, dem von den Stadtverordneten offiziell wegen Freibierüberschreitungen das Vertrauen entzogen worden war, läuft Mitte Dezember ab. Für den freiwerdenden Posten haben sich bereits 88 Bewerber gemeldet. Die Stadtverordneten beauftragten einen fünfköpfigen Ausschuss mit der Vorbereitung der erforderlichen Neuwahl eines Bürgermeisters.

Senftenberg. Der Tod in der Sandgrube. Auf dem Wege nach Thürsdorf kürte nachts der Gutbesitzer Richard Vogel aus Thürsdorf beim Benuhen eines Sattenweges in die Sandgrube des Gutbesitzes. Am andern Morgen fand man Vogel an der etwa 4 Meter tief abgestürzt war, mit einem Wirbelsäulenbruch tot auf.

Wittichenau. Der Bermgründer Kommunistenprozeß. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht begann am Montag der sogenannte Bermgründer Kommunistenprozeß, für den eine Verhandlungsdauer von etwa 18 Tagen in Aussicht genommen ist. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in Bermgründer am 28. September, wobei vier der von Kommunisten überfallenen Nationalsozialisten schwer verletzt worden waren. Den Vorwurf führt Amtsgericht Bör. Den 54 Angeklagten steht Rechtsanwalt Dr. Lewin als Verteidiger zur Seite. Es sind mehr als 300 Zeugen geladen.

Wittichenau. Ein Rangiermeister tödlich verunglückt. Gestern vormittag wurde auf einem Abzweiggleis nach dem Wittichenauer Werkstättenbahnhof der Rangiermeister Kurt Luckner aus Wittichenau-Moorenthal von einem Ausbesserungswagen überfahren. Er trug schwere Verletzungen davon, doch er kurz darauf starb.

Görlitz. Kampf mit einem Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag bemerkte der Gutswart Rehli, Inhaber des Gutes "Werfur", in seinem Schlafzimmer einen Einbrecher. Zwischen Rehli und dem Einbrecher entpann sich ein verzweifeltes Ringen, in dessen Verlauf letzter erhebliche Verletzungen im Gesicht davontrug. Der Einbrecher bedrohte den Gutswart schließlich mit einer Pistole und ergriff durch das Fenster über mehrere Hausdächer die Flucht. Er konnte, obwohl von der Polizei alarmiert, nicht ergriffen werden. Es stellte sich heraus, daß er, ehe er in das Schlafzimmer Rehli eingedrungen war, im Gartenzimmer die Kasse ihres Inhalts in Höhe von etwa 25 M. verbraucht hatte. Man nimmt an, daß der Täter zu einer weltberühmten Einbrecherbande gehört, deren Hauptversteigerungsorte Niedersachsen und Oberbayern sind.

Görlitz. Kampf mit einem Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag bemerkte der Gutswart Rehli, Inhaber des Gutes "Werfur", in seinem Schlafzimmer einen Einbrecher. Zwischen Rehli und dem Einbrecher entpann sich ein verzweifeltes Ringen, in dessen Verlauf letzter erhebliche Verletzungen im Gesicht davontrug. Der Einbrecher bedrohte den Gutswart schließlich mit einer Pistole und ergriff durch das Fenster über mehrere Hausdächer die Flucht. Er konnte, obwohl von der Polizei alarmiert, nicht ergriffen werden. Es stellte sich heraus, daß er, ehe er in das Schlafzimmer Rehli eingedrungen war, im Gartenzimmer die Kasse ihres Inhalts in Höhe von etwa 25 M. verbraucht hatte. Man nimmt an, daß der Täter zu einer weltberühmten Einbrecherbande gehört, deren Hauptversteigerungsorte Niedersachsen und Oberbayern sind.

Görlitz. Ein Kind entführt. Wie aus Tiefhartmanndorf gemeldet wird, beschäftigt dort das Schidial drei Menschen die Dienstzeitlängst start. Im Frühjahr dieses Jahres datieren vier etwa 20-jährige Leute einen Club "Immer blau" (d. h. immer betrüben) gegründet. Nach reichlichem Alkoholgenuss gingen sie eines Tages auf den Friedhof und trieben dort allerlei Unfug, ohne aber etwas zu zerstören. Sie erklärten Friedhofsbewohner, sie hätten sich ihre Grabstellen ausgesucht und wollten so beieinander liegen, daß eine gute Zeit zwischen ihnen Platz habe. Bald darauf erfolgte ein Kubengasse im Friedberger Krankenhaus einer schweren Erkrankung. Nach einer Beherren war er mit dem Rad nach Krummhübel zur Arbeitsschule gefahren und hatte sich dabei eine schwere Erkrankung ausgesogen. Im Sommer folgte ihm der zweite Kubengasse ins Grab. Er war in angrenzendem Raum eine Stunde Strafe hinabgefahren und dabei so unglücklich gestürzt, daß er tot liegen blieb. Auch dem dritten Kubengasse ging es nicht besser. In animierter Stimmung hatte er auf einem Motorrad als Sozius Platz genommen. Das Motorrad raste am Dorfausgang nach Kurzflug zu gegen einen Straßenstein und der "Immer Blau" wurde vom Sozius geschleudert und blieb tot liegen. Bei der Beerdigung des dritten Kubengasse wählte der Pastor das finstere Thema "Irret Euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten".

Karlsbad. Grausiger Hund. Eine Lumpensammlerin, die bei Falkenau einen Reichtum durchsuchte, stieß dabei auf die furchtbare Leiche eines Kindes.

Die Untersuchung ergab, daß es sich um ein vier Monate altes Mädchen handelt, das auf unbekannte Weise ermordet und im Reichtum versteckt wurde.

Amtliches.

Das gerichtliche Vergleichsverfahren, das zur Abwendung des Konfusses über das Vermögen des Legitimenwarenbündlers Emil Reinhold Dürk in Stöbau, Wartenstraße 16, eröffnet worden ist, ist im Januar 1931 mit der Bestätigung des im Vergleichstermin vom 25. November 1930 angenommenen Vergleichs durch Beschluss vom 2. Dezember 1930 aufgehoben.

W.B. 8/30. Amtsgericht Riesa, den 2. Dezember 1930

Fremdenmeldezettel

lose und in Blockform zum Durchschreiben, sowie Formulare zu Fremdenbüchern entsprechend den Vorschriften der am 1. Oktober 1930 in Kraft getretenen Landesmeldeordnung sind zu haben im

Riesaer Tageblatt
Riesa, Goethestraße 50.

Aufruf für das Hilfswerk der Stadt Riesa

Sächsische Not hilfe 1930

Die Söhnen der arbeitslosen und unterkühlungsbedürftigen Einwohner unserer Stadt Riesa haben eine Hilfe erreicht wie nie zuvor. War schon in den vergangenen Wintern Hilfe nötig, so ist dies in diesem Jahre in mehrfach erhöhtem Maße der Fall.

Stadtregierung, Gemeinde, Bezirksverbände, Ortsverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Handwerks, die Sächsische Presse und die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten rufen auf zur

Sächsische Not hilfe 1930.

Nach die Stadt Riesa schickt sich die

Auf um Hilfe

an. — Die städtischen Finanzen sind aus Neuerste angepannt, um Hunderten von Hilfsbedürftigen wenigstens die dringendsten Lebensnotwendigkeiten sicherzustellen.

Trotzdem lebt es in Hunderten von Familien am Mötzen, an Nahrung, Kleidung, Heizung usw.

Hier muß die private Fürsorge hellend eingreifen! Über alle sonst trennenden Gegenläufe muß freiwillige Hilfsbereitschaft die Not dieses Winters lindern helfen!

Deshalb ergebt unsere

Bitte um Hilfe an alle.

Jede Organisation, jeder Verein, jeder Einzelne wird gebeten, zu helfen, soweit es nur möglich ist.

Doch wollen wir uns hütten, die heute überall knappen Mittel zu zerplätzen. Gemeinsame Hilfe erreicht mehr! Wer helfen kann und will, tut dies gemeinsam mit der gegebenen Zentralstelle, dem städtischen Wohlfahrtsamt und Jugendamt.

Geld- und Sachspenden aller Art bitten wir dem städtischen Wohlfahrtsamt auszuleiten. Auf Wunsch erfolgt Abholung. Auch die dargestellten Banken — Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Gewerbebank, Riesaer Bank, Städtebank — sind zur Annahme von Geldspenden bereit.

Wir bitten aber auch alle Wohlfahrtvereinigungen, ihre Hilfmaßnahmen im Einvernehmen mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege durchzuführen.

Möge unter Auseinanderstellung offene und hilfsbereite Herzen und Hände finden.

Allen Geben im voraus herzlichen Dank!

Riesa, am 1. Dezember 1930.

Der Rat der Stadt Riesa.

Dr. Schneider, Oberbürgermeister.



Harmoniums

empfiehlt preiswert Musik-Spezialhaus

J. Zeuner Nachf. E. Fritzsche

Riesa, Hauptstraße 49 und Rathausplatz 6.

Familiedrucksachen liefern schnellstens
Langer & Winterlich, Riesa

Geschäftshaus

mit Loden, möglichst Einfaht u. Lagerräume von Großunternehmen vor 1931 zu kaufen
gekauft. Ausführliches Angebot unter U 236
an die Geschäftsstelle des Riesaer Tagesschaffes.

Groß-Verdienst

für jeden Erwerbslosen durch Vertr. meines Mittels
dag. Getrieben v. Glasscheiben. Kapital nicht nötig.
Offert. unter L. J. 410 durch Rudolf Wosse, Leipzig.

Ein donnerndes Hoch
unserm lieben Hause

Morgen Donnerstag
um 45. Wiegenteile,
ab der ganze Elbberg
wandelt und der Tag um
Leimtopf klappt.

Wahl. Zimmer frei
Schloßstr. 2, 1.

Suche für sofort oder
16. 12. ein
leeres od. möbl. Zimmer.
Adressen unter W 337
an das Tageblatt Riesa.

2 leere Zimmer

beizbar, mit elektr. Licht,
wenn mögl. m. Telefon-
gemeinde, oder ein leerer
und ein möbl. Zimmer
gesucht für 1. Jan. oder
später. Anfrag. unter R 335 a
an das Tageblatt Riesa.

Billig!

In Brathering 1. Dr.
In Hellmaps Dose
In Bismarckberg 88
In Seelberring
In Gardinen Herm. Möller, Schulstr. 3

Die Zeitungsreklame
— wirkt sicher! —

Tausende

von Menschen

verdanken ihren
gesunden, tiefen
Schlaf und ihre
gekräftigten
Nerven unserem

Baldravin

1/2 Fl. RM. 2.50.
1/2 Fl. RM. 4.50.
1/2-Fl. RM. 7.50.

Zu haben
in allen Apotheken
und Drogerien.

Aushilfs-
Verkäuferin
ferner eine

Packerin

nur verfehlt, für Schot-
Geschäft gesucht, auch aus
and. Branche. Bei Eignung
wiederholte Aushilfsbe-
schäftigung möglich. Ausl.
Bewerb. m. Lebenslauf u.
möglich. Bild unter S 334
an das Tageblatt Riesa.

Jg. Bursche

Offen 1930 schul-
festig, für Ge-
schäft gesucht. Adressen nebst
Altersangabe unter T 335
im Tagebl. Riesa abgeben.

E.-Ch. Walcha

stellt Sonnabend bis Montag seine
Bilder in der Wohnung seiner Eltern
aus, Bahnhofstr. 1. Alle Kunstlieb-
den sind dazu herzlich eingeladen.

Alle Arten Beleuchtungs- Körper



für
elektrisch Licht
empfiehlt

Max Arnold

Riesa, Goethesstraße 65

Besuchen Sie

meine Spieldosen-Ausstellung im Durchgang!
Sie haben noch! Für das kommende Jahr haben
Sie in reicher, abwechslungsreicher Weise
neue Spielzeuge, Schießmaschinen, Schieß-
automaten, Miniaturen, Musikautomaten,
Spielgeräte und vieles andere mehr.
Sie kaufen billig! Die Preise sind den be-
stigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt.
kommen Sie und überzeugen Sie sich!

Paul Taupitz, im Durchgang

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige

Vereinsnachrichten

Allem. Turnz. (DZ). Seite alle zum Turnen
(Turner u. El.) — Unsel. Bergmann, im Kreisgr.
M. (G. B. „Orbense“) e. G. Riesa. Weihnachts-
feier für Kinder, Sonnabend, 6. 12. 1930, im
Saal des Reit. Clubvereins in Riesa. Beginn
pünktlich um 8 Uhr. Die Mitglieder, insbeson-
dere auch solche ohne Kinder, sind gern dazu
eingeladen und werden um Spenden gebeten.
Stahlheim-Frauenbund. So der am Sonntag, den
7. Dezember, nachm. 5 Uhr, Clubraum mit
findenden Elternabende wird, alle Monatsabende
mit Angehörigen bspw. eingeladen. Kinderarten
bis Sonnab. 12 Uhr noch bei Frau Oskar zu haben.
Handwerker-Verein Riesa-Riesa. Riesa, den
5. Dec., abends 8 Uhr, Versammlung Rathaus
Sitzungssaal.
Milit. Ver. Riesa. Das. Sonn. u. Dien.
Donnerstag, 4. Dec., auf dem Platz, Riesa, ab
zählig erscheinen. Jubiläumsfeier Belebung durch
Kameraden erwartet.
Handber. Riesa e. G. Riesa. Donnerstag,
8 Uhr, Monatsversammlung im Bootshaus
Vorlesung für das Weihnachtsvergnügen.

Besonders billig

zu verkaufen:

- 1 Bettstelle, Bett gemacht, mit fast neuer Matratze für 78 M.
- 1 Bettstelle, Bett, mit Stahlmatratze u. Stell. Fuß, graublau 98 M.
- 1 Bettstelle, Stahlmatr. u. roter Auflage 75 M.
- 2 grob. Bettstellen, Stahl-
matratze. Steife rote
Auflage, lichten Woh
200x100 110 M.
- 2 grob. Bettstellen mit
Rattenmatr. lichten Woh
190x100. Std. 95 M.
- 2 Bettstellen, Bett, mit
Stahlmatratze u. Stell.
Auflage Std. 96 M.
- Wilhelms Möbelhaus
Hauptstraße 38.

Fußabzug:

Apfelwein

Wk. verg. Cyder, p. 2. 1.—
empfiehlt

Erich Wutzel

Schulstr. 18 Tel. 910.

Tische, Stühle
Küchenrahmen
preisgünstig zu verk.

**Sächsische
Möbelindustrie**
Rosc & Hoede
Dismarckstr. 75.

Nur einmaliges Angebot!

Türschlösser

f. leichte Stubentüre 10.—
schwere Stbt. 12.—, Haustüre 18.—, Haustor 16.50
M.R. Beste Qualität, je
lange der Vorrat reicht,
ab Lager. Max Weiß-
bold, Höherstr. 8.

Suche

8—10000 Mark

innerhalb Brandkasse auf
Landwirtschaft. Off. ant.
N 230 a. d. Tagebl. Riesa.

Grammophon m. Socketon
tonaufnahme, auch a. Weihnachtszeit
voll. plastisch Ton, in vert.
zu erk. im Tagebl. Riesa.

Gestern früh verließ
nach langen Bitten meine liebre
Mutter, Schwieger- und
Großmutter

Marie Härtner geb. Tämisch.

Freitag, 8. 12. 1930.

Dies sei an
der trauernden Familie Ernst Härtner

und Hinterbliebene.

Die Beerdigung findet Freitag nachm.
1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nachruf.

Durch ein tieftaugiges Gesetz schied

untere liebe Jugendfreundin

Käthe Handrick

im blühenden Alter von 21 Jahren aus
unserer Mitte. Wir werden ihr in unserem
Verein ein bleibendes Andenken bewahren
und rufen ihr ein „Ruhe sanft“ in ihr all-
zutümliches Grab nach.

Glaubitz, am 1. Dezember 1930.

Jugendverein „Ehrenreich“ Glaubitz.

Die heutige Nr. umfaßt
13 Seiten.

Die Deka-Textilfarben-A.-G. in München

die größte Spezialfabrik für Textilfarben, hält am 8.
und 9. Dezember jeweils nachmittags von 3 bis 5 und
abends von 8 bis 10 Uhr im Hotel Höpfler einen

Röderau

Müllers Zigarren-Spezialgeschäft

wird morgen Donnerstag

eröffnet.

Reichste Auswahl in allen Tabakerezeugnissen bester

Fabrikate, bietet Ihnen eine sehr günstige Einkaufsquellen.

Überzeugen Sie sich bitte von meiner Leistungsfähigkeit
und Sie sind bestimmt zufrieden. Oswald Müller.

Gratis- Stoffmal-Kursus

ab. Es ist Gelegenheit geboten, die modernen Tech-

niken der Stoffmalerei, Reliefsmalerei, Farbstoffmalerei,

Spritzmalerei und des Stoffdrucks nicht nur kennen zu

lernen, sondern auch selbst auszuführen.

Alle diesbezüglichen Auskünfte und Prospekte, sowie

sämtliche Artikel zur Stoffmalerei erhalten Sie bei

Johannes Ziller

Buch-, Kunst-, Musikalien- und Papier-Handlung *

Riesa, Hauptstraße 35 - Telefon 373

Anmeldungen werden hier entgegen genommen

Sammeln Sie

Original Wellner-Bestecke

in allen Ausführungen

edel Silber - versilbert

Ripacca - verchromt

Alle Teile sind einzeln erhältlich

Reiche Auswahl moderner Muster

G. IMMANUEL

Löchmann

Haupstr. 57 Riesa Fernspr. 602

Das Haushaltsgesetz für 1931.

Berlin. Aus dem Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes wird dem Berliner Börsen-Kurier u. a. mitgeteilt: Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, bis zu 150 Mill. RM. im Wege des Kredites solange und soweit zu beschaffen, als die durch die Veränderung von Voraussetzungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft nötig zu wählenden Deckungsmittel noch nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt,

a) zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbahnstrecke bis zu 500 Mill. RM. im Wege des Kredites flüssig zu machen;

b) der Reichsmonopolverwaltung für Braunkohle zur Schaffung eines Betriebsmittelkontos bis zu 175 Mill. RM. zur Verfügung zu stellen.

Im Rechnungsjahr 1931 dürfen in den Hobelsteinverwaltungen frei werdende befähige Blankstellen des unteren und einfachen und mittleren Dienstes, soweit sie nicht mit entbehlidlichen Beamten oder soweit sie nicht im Wege der Versetzung oder innerhalb der gleichen Laufbahn im Wege der Beförderung befähigt werden, nur mit geeigneten Wartebediensteten oder mit Verfolgungsbeamten besetzt werden. Das gleiche gilt für 50 v. S. der freiwerdenden Stellen des gebesserten mittleren Dienstes.

Wird reichsstaatlicher Grundbesitz in den freie gewesenen Gebieten des Weltens an Kreisbänder veräußert, so dürfen Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) aus diesem Anlaß keine Steuern erheben. Die Steuerfreiheit tritt auch ein, soweit das Reich den Grundbesitz von dem Kreisbänder zurückgewinnt.

Die Staffelung der Bürgersteuer.

v.d. Berlin. Nach der neuen Notverordnung ist die Höhe der Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 von den Ländern zu bestimmen (Landesrat). Der Landesrat muss festgestellt werden für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 4500 RM. auf mindestens 6 RM., von 4500 bis 6000 RM. auf mindestens 9 RM., von 6000 bis 8000 RM. auf mindestens 12 RM., von mehr als 8000 bis 12000 RM. auf mindestens 18 RM., von mehr als 12000 bis 16000 RM. auf mindestens 24 RM., von mehr als 16000 bis 20000 RM. auf mindestens 30 RM., von mehr als 20000 bis 25000 RM. auf mindestens 50 RM., von mehr als 25000 bis 50000 RM. auf mindestens 75 RM., von mehr als 50000 bis 75000 RM. auf mindestens 150 RM., von mehr als 75000 bis 100000 RM. auf mindestens 300 RM., von mehr als 100000 bis 250000 RM. auf mindestens 500 RM., von mehr als 250000 bis 500000 RM. auf mindestens 1000 RM., von mehr als 500000 RM. auf mindestens 2000 RM.

Befreiung von der Steuer sind Erwerbstätige, Fürsorgeberechtigte und Kriegsrentner, ebenso Sozialrentner, mit weniger als 900 RM. Einkommen.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Die am Dienstag nachmittag ihre erste Sitzung nach der Parlamentspause abhielt, beschloß u. a. nachstehende Anträge beim Reichstag einzubringen: Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember ist außer Kraft zu setzen. Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich durch amtliche Notizen den Tributmächten mitzuteilen, daß Deutschland die Revision des Versailler Vertrages und der auf ihm beruhenden Tributlasten verlangt, unverzüglich durch amtliche Notizen allen Mächten zu eröffnen, daß das deutsche Volk das im Versailler Vertrag ihm abgerissene Befreiungsurteil vom Schuld am Weltkrieg formlich widerrichtet; ungeläufig dem Reichstag eine Vorlage über die von den Ländern gegenüber dem Reich erhobenen oder noch zu erwartenden Forderungen zu machen.

Börsenationale Forderungen an die Regierung.

Sicherem Vernehmen nach steht die Reichsregierung einen wesentlichen Teil der Gesetze, die auf dem bekannten Regierungssprogramm basieren, sofort durch Notverordnung in Kraft. Aus diesem Grunde war es seitens der Reichsregierunggruppe der Börsenationalen Reichsvereinigung notwendig, der Reichsregierung ihre Stellungnahme zu wichtigen Punkten darzutun. Die Stellungnahme enthält folgende Forderungen:

1. Die Reichstaggruppe ersucht die Reichsregierung, nicht, wie vorgesehen, 400 Millionen Mark aus den Haushaltsermittlungen zu nehmen, um die Realsteuern zu senken, sondern nach wie vor mindestens den bisherigen Betrag von 850 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbauwesens zur Verfügung zu stellen. Gegen die vorgeschlagene viel zu frühe Aufhebung des Witterungsabzuges wird Einspruch erhoben.

2. Die Reichstaggruppe ersucht die Reichsregierung, darauf hinzuwirken, daß alsbald ein gründlicher Abbau der geradezu enormen Gehälter der hohen Bahnbeamten analog dem Gehaltsabbau der Reichsminister und der Kürzung der Diäten der Abgeordneten erfolgt.

3. Um den dringend notwendigen Preisabbau zu erreichen, ersucht die Börsenationale Reichsregierunggruppe die Reichsregierung

a) alsbald auf eine Senkung der Tarife der Reichsbahn und der Reichspost hinzuwirken,
b) durch Regierungsanordnung auf Grund der Notverordnung die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe, insbesondere bei den sogenannten Markenwaren des Lebens- und Genussmittelgebietes, gemäß dem erweiterten Vorschlag des Reichswirtschaftsrates vom 18. August d. J. aufzuhören,
c) gemäß dem Beschluss des Reichswirtschaftsrates vom 12. August d. J. in eine Nachprüfung der Reichsabgabenrate mit dem Ziel der Ermäßigung der zu hohen Flugspannen einzutreten.

4. Die Reichstaggruppe der Börsenationalen Reichsvereinigung erläutert ernst die Regierung um halbdie Vorlegung eines Rentenversorgungsgesetzes. Dieses Gesetz, das alsbald dem Reichstag vorzulegen wäre (es ist schon mehrfach von ihm gefordert worden), soll einen geregelten Reichsanspruch für die Kleinstreuer sichern.

5. Zur Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt fordert die Reichstaggruppe der Börsenationalen Reichsvereinigung von der Regierung, in der Frage der Doppelverdienstschlüssigkeit Maßnahmen zu treffen.

6. Der Herr Reichsarbeitsminister wird von der Reichstaggruppe der B.R. um die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Festlegung der Vollzeitrente für die Gastr. und Handelswirtschaften am Weihnachtsgottesdienst auf 7 Uhr abends ersucht. Das zu erlassende Gesetz soll natürlich keine Anwendung auf die Fremdenüberbergang finden, soweit es sich bei der Bewirtung um die Festlegung eines Weihnachtsgottesdienstes handelt.

Der Auswärtige Ausdruck gegen die Polen-Greuel.

v.d. Berlin. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurden unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nationalso.) die Vorgänge bei den polnischen Wahlen und die Gewaltakte gegen die deutschen Minderheiten in Polen behandelt.

Nach längerer Aussprache wurden folgende

Gutschließungen

angenommen: Bündigt eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, ergänzt durch Zusätze der Nationalsozialisten:

Der Auswärtige Ausschuß gibt einmütig seiner Empörung Ausdruck über die Gewaltakte, die in Polen, insbesondere in Polnisch-Oberschlesien, aus Anlaß der letzten polnischen Wahlen unter Druck von Macht und Beratung gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind. Die Entzückungen und die Beschränkungen des Wahlrechts der Deutschen haben diesen die politische Gleichberechtigung geraubt, auf die sie nach den Minderheitsverträgen verzweigt haben. Die Terroristen, unter denen einzelne Deutsche und ganze deutsche Ansiedlungen zu leiden hatten, haben die Minderheit in ein Gefühl vollommener Rechts- und Schutzlosigkeit versetzt und einen Zustand unerträglicher Bedrückung erzeugt.

Der Auswärtige Ausschuß sieht diese Vorgänge umso erster an, als sie nur ein Glied in der langen Kette von Vorkommnissen sind, die klar ein auf die Bedrückung, Verbrändung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes polnisches System erkennen lassen. Der Ausschuß hält den Beweis für erbracht, daß eine solche offene Bedrückung nur mit stillschweigender Billigung und Ermutigung seitens der polnischen Behörden möglich war. Er muß hierbei an die zahllosen Beschwerden an den Volksbundsrat erinnern, zu denen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien dauernd geweckt ist. Er weist ferner auf die früheren Maßnahmen der polnischen Regierung gegen

den deutschen Grundbesitz in Polen und auf die dem Volksbundsrat vorliegende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit. Zu allen diesen Tatsachen kommt jetzt der offensichtliche Zusammenhang, der zwischen polnischen Behörden und dem bei den Terroristen hauptsächlich beteiligten „Verband der schlesischen Münzständchen“ besteht.

Der Auswärtige Ausschuß erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel bringt, um zu erreichen, daß Polen gewonnen wird, von diesem Kurste Abstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den Genuß derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den Verträgen zu entziehen. Er erwartet ferner, daß die schändlichen polnischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung für die erlittene Unbill verschafft und vor allem die Wiederholung solcher empörenden Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird.

erner nahm der Auswärtige Ausschuß eine deutsch-nationale Entschließung an, wonin die Reichsregierung erucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß den durch die polnischen Greuel betroffenen Deutschen politischer Staatsangehörigkeit der erlittene Schaden erledigt, insbesondere auch ein Schmerzensgeld gewährt werde.

Angenommen wurde auch eine nationalsozialistische Entschließung, wonin die Reichsregierung erucht wird, die Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommen nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß eines Handelsvertrags oder sonstiger Abkommen unverzüglich abzubrechen.

Weiter behielt der Auswärtige Ausschuß, auf Grund einer deutsch-nationalen Resolution die Reichsregierung zu erufen, nicht nur von einer Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommen abzusehen, sondern auch unverzüglich die Aufhebung des Reichstagsabkusses zu beantragen, durch den der Reichstag diesem Abkommen zustimmte.

band ermahnt ferner das gesamte Hotel- und Gasträtegewerbe, besonders auf die Vorteile zu achten, die sich wie die Staatssparte des Reichskommissariats Dietrich ganz besonders hervorragend darum bemüht haben, ein einzelnes Gewerbe mit unverhörrten Sondersteuern zu belasten.

v.d. Berlin. Auf der Berliner Reichstagung berichtete Dr. Müller-Röhm über die lohnpolitische Lage, die sich aus der allgemeinen Entzündung auf preis- und lohnpolitischem Gebiet für das Hotel- und Gasträtegewerbe ergeben habe. Dazu wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Verwaltungsrat des Reichsverbandes der Hotelbetreiber um vertritt angeflicht der überaus gebrüderliche Wirtschaftslage und der hierdurch und im Einflang mit den allgemeinen Bestrebungen zwangsläufig notwendigen Vereinbarung der Unfosten die Auflösung, daß die Löhne und Gehälter im Hotel- und Gasträtegewerbe gesenkt werden müssen. Der Umfang und der Zeitpunkt der Lohnentfestungen sind den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Dabei ist die Erhaltung der im Gasträtegewerbe bisher üblichen Arbeitsezeit selbstverständliches Erfordernis.“

Zur Frage der Zusammenarbeit der Organisationen des Gastwirtschaftsgewerbes wurde nach Referaten von Dr. Knemann und Döhme festgestellt, daß der Reichsverband an der besonderen Interessenvertretung und am Spiserverband des deutschen Hotelgewerbes festhält, aber bereit ist, mit den ähnlichen Organisationen zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten.

Nach Erledigung zahlreicher Einzelfragen war der Arbeitstag der Tagung erledigt. Die Hauptversammlung des Reichsverbandes soll am 16. und 17. April in München stattfinden.

Aus dem Reichstag.

v.d. Berlin. (Kunststück) Im Reichstage haben die Kommunisten ein Rechenschaftsamt eingebracht. Außerdem fordern die Kommunisten die Auflösung der Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Sozialdemokraten haben ein Initiativgesetz eingebracht, wonach die Steuerzuschläge für Ausbildungsratsmitglieder auf 20 Prozent festgelegt werden sollen, während die Notverordnung nur 10 Prozent vorsieht.

Landwirtschaftsministerberieselung

Berlin, 1. November.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand gestern eine Konferenz mit den Landwirtschafts- und Ernährungsministern der Länder statt. Reichsminister Dr. h. c. Schiele erörterte in eingehenden Darlegungen die Gefangene der Landwirtschaft und die zur Zeit schwierigen wichtigen agrarpolitischen Maßnahmen. In der eingehenden Diskussion, an der sich die Vertreter fast aller Länder beteiligten, wurde den teils durchgeführten, teils eingeleiteten Maßnahmen grundsätzlich zugestimmt und besonders die Notwendigkeit betont, in Zukunft das Gebiet der bäuerlichen Verdienstwirtschaft stärker in den Rahmen der agrarpolitischen Fürsorge einzubeziehen.

Pariser Stimmen

zur Unterzeichnung der neuen Notverordnung.

* Paris. Die Unterzeichnung der neuen Notverordnung durch den Reichspräsidenten findet in der Pariser Presse starke Beachtung. Die Blätter betonen zwar die schwierige Lage, in die die Sozialdemokraten durch die Maßnahme des Reichstanzlers gekommen seien, jedoch aber davon ab, daß Finanzprogramm zu kritisieren. Im "Gaz de Paris" erklärt Berliner, der Schrift Brünings beweise eine sichtbare Hand. Man könne sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichstanzler die Geschmeidigkeit des Artikels 48 der Reichsverfassung ein wenig hoch im Anspruch genommen habe. Immerhin werde heute das Regiment Hindenburg-Braun-Curtius-Treitman als das kleinere Übel angesehen. Hinter ihnen und hinter ihrer Außenpolitik marchieren Müller, Braun und Breitweib, ohne die Möglichkeit zu haben, zu protestieren. Das linke Gerichtete "Oeuvre" hält eine Zustimmung der Sozialdemokratie zu den neuen Maßnahmen schon deshalb für notwendig, weil es ihr unmöglich sei, mit der äußersten Rechten und Linken in ein Horn zu blasen. Sie werde nun damit abfinden, daß man rats nach den gegebenen Möglichkeiten handeln müsse. Der sozialistische "Populiste" ist nicht damit zufrieden, daß sich seine deutschen Freunde ein und rügen, steht aber ebenfalls keine andere Möglichkeit, da eine Rente im Augenblick für sie am gefährlichsten wäre. Die Sozialdemokratie seien durch die Notwendigkeit ge-

Das Gasträtegewerbe

gegen die Sondersteuern.

Preissenkung für unmöglich.

Im weiteren Verlauf der Berliner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Reichsverband erhebt nochmals schärfsten Einwand gegen die Belastung des Getränkekontums in Gaststätten mit einer Gemeindegetränkesteuer, die als eine erhöhte Umsatzsteuer auf den Umsatz eines einzelnen Gewerbes auswirkt. Sie ist im höchsten Maße ungerecht, unverhälbar, beeinträchtigt die Steuermoral und ist unlogisch, weil sie selbst unentbehrlichen Verbrauch in Gaststätten erfasst, während sie sogar an dem Bierverbrauch in Gaststätten vorübergeht. Der Reichsverband erhebt in der Belebung dieser Steuer die Fortsetzung der Politik der Reichsregierung, insbesondere des Reichskommissariats Dietrich, zahlreiche mittelständische Existenzruhestlos zu vernichten.

Reichsleitung erklärt der Reichsverband, daß das Gasträtegewerbe den Anforderungen der Reichsregierung, die Preise zu senken, leider nicht folgen kann, so gerne man eine solche Worte beachtet hätte. Solche Anforderungen können in einem Augenblick, wo die Reichsregierung erhöht, in ihrem Ausmag unbegrenzte Umsatzsteuer auf einen wichtigen Betriebsstiel des Hotel- und Gasträtegewerbes legt, unmöglich ernst genommen werden. Bei den hohen Umsätzen, die der Neueröffnung und jährlichen Abgaben, und bei der Neuinführung unerhörter Sondersteuern, ist jeder Preisabbau, mit dem die Wirtschaftlichkeit der Leistung einer durchaus zweckhaften Steuer- und Wirtschaftspolitik abgelenkt werden soll, zukunftsgefährlich und unmöglich einzutreten.

zwungen, gegen ihre eigene Meinung zu handeln und die Verantwortung auf sich zu nehmen, eine Regierung am Leben zu erhalten und es ihr zu erlauben, ohne Parlament zu regieren, obgleich sie der Arbeiterschaft feindlich gegenübersteht.

Nelktenrat des Reichstages.

Berlin. (Kunstpruch.) Der Nelktenrat des Reichstages beschloßt sich heute Mittwoch mittag mit dem Haushaltplan des Reichstages für die nächsten Tage. Es wurde beschlossen, mit der heute beginnenden ersten Sitzung des Haushaltplanes für 1931 sowohl die alte als auch die neue Notverordnung, sowie die eingehenden Misstrauensanträge zu verbinden. Es soll verhindert werden, die Beratung über diesen Fragenkomplex bis zum Sonnabend zu Ende zu führen. In der nächsten Woche wird sich dann der Reichstag mit außenpolitischen und anderen Anträgen beschäftigen. Hierzu gehören auch die Anträge wegen der Hochwasser- und Bergwerkskatastrophen.

Die heutige Sitzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung also der Etat und die Notverordnungen stehen werden, beginnt mit einer Erklärung der Reichsregierung, die Reichsfinanzminister Dietrich abgeben wird. Wann der Reichstanzler selbst das Wort ergreift, steht noch nicht fest. Die Aussprache wird morgen Donnerstag um 12 Uhr beginnen.

Der Nelktenrat befürchtet sich ferner mit den Vorschlägen seines Unterausschusses über die neue Plätenregelung für die Abgeordneten. Die Vorschläge des Unterausschusses, wonach die Pläten um 20 Prozent gesenkt werden, wurden gebilligt.

Schließlich wurde die Einführung zweier neuer Ausschüsse beschlossen, zwar eines Ausschusses für Liquidationen und Gemäldeabgaben und eines Ausschusses zur Förderung der Selbstbehauptungen.

Trotz des frühen Wetters begannen die Ansammlungen des Publikums vor dem Reichstagsgebäude schon in den frühen Vormittagsstunden. Das Publikum verhielt sich jedoch zunächst sehr ruhig, so daß die Polizei, die zum Schutz des Bankkreises heute wieder sehr zahlreich im Reichstagsgebäude versammelt war, vormittags nicht einzutreten brauchte. An der Kartenausgabe für die Tribünenplätze bildete sich die Schlange der auf die Eröffnung des Schatzes wartenden in Morgenräumen. Wer im Laufe des Vormittags kam, hatte schon keine Aussicht mehr, eine Eintrittskarte zu bekommen.

Politische Tagesübersicht.

Müllungsfreiheit für Deutschland gefordert. Im Preußischen Landtag ist ein Urteil von der Deutschen Fraktion eingegangen, wonin das Staatsministerium erachtet wird, die Reichsregierung dringend aufzufordern, den früheren Feindbundstaaten unverzüglich die Mitteilung zu machen, daß Deutschland jetzt für sich die volle Müllungsfreiheit in Anspruch nimmt, nachdem die früheren Feindbundstaaten eine allgemeine Ausrüstung abgelehnt haben.

Die erste Sitzung des österreichischen Nationalrates. Am Dienstag nachmittag trat der neu gewählte Nationalrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Session, die offenbar von den Besuchern erwartet wurde, blieb aus. Nach der Vereidigung wurde die Wahl der Präsidenten auf Antrag eines Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblocks auf die Donnerstagssitzung verschoben. Gleich nach Schluß der Sitzung wurden von der Galerie des Hauses kleine Rutenbündel geworfen. Ein festgenommener ist ein arbeitsloser Beamter, der seine Liebe zum Faschismus auch in seiner Kleidung durch einen Savoyenkostüm im schwarzen Schleier bekundete.

Der christlich-soziale Volksdienst an den Notverordnungen. In dem Bericht der Reichstagsfraktion des christlich-sozialen Volksdienstes über ihre Sitzung am Dienstagabend heißt es u. a., wenn auch in der nunmehr abgeänderten Fassung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli d. J. nicht alle Forderungen des christlich-sozialen Volksdienstes berücksichtigt gefunden haben, so muß doch anerkannt werden, daß entsprechend dem bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck vertretenen Anträgen des Volksdienstes bei der Fassung der Steuersätze der Bürgersteuer, bei der Gestaltung für Bestimmungen über die Krankenversicherung und in anderen Fällen Änderungen der ursprünglichen Notverordnung vorgenommen worden sind, welche vor allem der minderbemittelten Bevölkerung und den wirtschaftlich Schwachen zugute kamen. Die Reichstagsfraktion des christlich-sozialen Volksdienstes billigt deshalb die ablehnende Haltung ihres Vertreters im Haushaltsausschuß gegenüber den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung. — In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Abgeordneten des christlich-sozialen Volksdienstes trotz verschiedener Bedenken auch die Aufhebung der neuen Notverordnung ablehnen werden.

Staatspartei erlangt Statusstärke. Wie eine Berliner Korrespondenz den Berliner Blättern zufolge erfährt, hat der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Bauernpartei August Hillebrand den Reichstagspräsidenten Löb erachtet, ihn unter Wahrung seiner weiteren Eigenschaft als Abgeordneter der Deutschen Bauernpartei zwecks Bildung einer technischen Fraktion der Deutschen Staatspartei hinzuzurechnen.

Der Kanzler spricht erst zu den Notverordnungen. Wie wir erfahren, wird in der heutigen Sitzung des Reichstages der Kanzler noch nicht das Wort nehmen. Zunächst wird vielmehr Reichsfinanzminister Dietrich seinen Etat einbringen. Erst wenn der Antrag kommt, die Aussprache über die beiden Notverordnungen mit dem Etat zu verbinden, wird der Kanzler zu den großen Fragen Stellung nehmen, die mit den Verordnungen zusammenhängen. Die Reichsregierung hält an ihrer Absicht fest, die Abstimmung über die Notverordnungen und evtl. zu erwartenden Misstrauensanträge bis Sonnabend durchzuführen. Ob das gelingt, wird natürlich sehr stark von der rein technischen Möglichkeit abhängen, wie weit die Aussprache vor allzu großer Uferlosigkeit bewahrt werden kann.

Anikatholische Kundgebungen in Liverpool. Gestern abend kam es in Liverpool zu zwei anikatholischen Kundgebungen. Der Erzbischof wurde davon gebündert, sich in ein Kloster zu begeben, dessen Fenster durch Steinwürfe eingeschlagen wurden. Einmal später verhinderte die Menge den Transport von kirchlichen Mobiliar, wobei ein Gemeindepriester mit Steinen beworfen wurde. Polizei geriet in die Menge.

Löb und die vom Zentrum beanspruchte Freiheit Revenitow. Reichstagspräsident Löb hat der Zentrumstraktion des Reichstages mitgeteilt, daß er die seinerzeit vom Zentrum beanspruchte kritische Fassung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Graf Revenitow im Reichstag jetzt im Sinne der Forderungen des Zentrums richtigstellen lassen werde.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei zur Notverordnung. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm am Dienstag nachmittag einen Bericht ihres Vorsitzenden Abg. Leicht über seine wiederholten Berichtigungen mit dem Reichskanzler entgegen. Neben die neue Notverordnung erhielten der Bayerische Reichsratsvollmächtigte Min. Direktor Dr. Hammer und Reichsminister Dr. Schäffl ausführliche Berichte. In der sich anschließenden Debatte wurde die Notverordnung nach der

verfassungsrechtlichen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Seite hin erörtert. Die Verhandlungen der Fraktion nahmen mehrere Stunden in Anspruch und werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Richter der Reichshauptstadt. Der Magistrat der Stadt Berlin hat dem preußischen Staatsrat zur Haushaltserörterung zwei Denkschriften augeben lassen, die sich erneut gegen die Behandlung der Reichshauptstadt beim preußischen Finanzausgleich wenden und fordern, daß Berlin bereits im November 1931 gerechter behandelt werde. Im einzelnen verlangt Berlin die Beseitigung oder wenigstens Milderung der sogen. relativen Garantie und eine stärkere Berücksichtigung bei der Verteilung der Haushaltssumme.

In der Reichsregierung bestreiten Eigentums in Marokko. Pariser Blätter meldden, daß die marokkanische Regierung deutsches Eigentum in Marokko beschlagnahmt habe und am 17. November, soweit es bis dahin nicht einen der marokkanischen Regierung genehmigten Kauf gefunden habe, entschädigungslos enteignen werde. Demgemäß erläutert die Firma Gebrüder Mannesmann-Kemhövel, um deren Interessen an Grundeigentum und Bergwerksunternehmen in Marokko es sich in der Hauptfrage handelt, daß eine Beschlagnahme des ehemaligen Besitzes der deutschen Firma von Seiten der französischen oder marokkanischen Regierung insoweit nicht mehr geschehen könne, als sie bereits auf Grund des Artikels 144 des Verfaller Vertrages vollaufen wurde. Allein der Artikel 5 des Zusatzabkommen zum Youngplan, der sich in Abschnitt I bis 4 ausschließlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, lehrt die Möglichkeit einer Wiederbelebung der deutschen Firma unter gewissen Bedingungen vor. Im Laufe der Verhandlungen sei nun die deutsche Firma wieder offiziell in ihren alten Besitz gelangt, jedoch in Verbindung mit einem französischen Konsortium. Angenommen eine Befreiung könnte also nach Vage der Dinge nicht in Frage kommen. Es besteht nur die Wahrscheinlichkeit, daß an einem Punkt noch nicht zu bestimmenden Zeitpunkt sich das französische Konsortium zu einer Befreiung entschließen würde.

Schwierige Kabinettbildung in Österreich

Wien, 3. Dezember.

Die Bemühungen um die Kabinettbildung sind zunächst gescheitert. Der mit der Regierungsbildung betraute Bundeshauptmann Dr. Enders hatte gestern abend den Vertretern des Nationalen Wirtschaftsblocks und des Landbundes drei Vorschläge unterbreitet. Die Vertreter des Nationalen Wirtschaftsblocks und des Landbundes teilten darauf mit, daß sie bereit seien, den zweiten dieser Vorschläge mit einer Abänderung anzunehmen, nach der der Nationale Wirtschaftsblock die Botschaftschaft, das Neuherr und das Justizministerium übernehmen würden. Es sollen jedoch vom Postamt des Innern alle Angelegenheiten des Sicherheitsdienstes losgelöst und dem Botschafter überwiesen werden. Der Landbund hätte das Innere, vermieden um die Angelegenheiten des Sicherheitsdienstes, zu übernehmen. Diesen Vorschlag nahm Bundeshauptmann Dr. Enders nicht an. Er erklärt, er werde dem Bundespräsidenten über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten.

Wien. (Kunstpruch.) Wie die "Reichspost" meldet, wird Dr. Enders seine Mission in die Hände des Bundespräsidenten zurücklegen. Wahrscheinlich wird der Präsident des Nationalrates, Dr. Gurtler, berufen werden, die neue Regierung zu bilden. Einige Blätter schreiben, daß es zur Bildung einer Beamtenregierung kommen werde.

Wien. (Kunstpruch.) Nach einer Meldung der "Reichspost" wird Dr. Seibel sich in den nächsten Tagen zur Erholung nach Meran in ein Sanatorium begeben.

Ministerpräsident Braun in Dresden

Dresden. Dienstagabend fand im Circus Sarastro eine Rundgebung der SPD Groß-Dresden und des Reichsbanners statt, bei der der preußische Ministerpräsident Otto Braun die Hauptrede hielt. Ausgegangen von den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten, die er als vorübergehend bezeichnete, wies er den Wurf zurück, daß die Sozialdemokratie für die "Young-Sklaverei" verantwortlich sei. Die Sozialdemokratie habe seinerzeit den Krieg liquidieren müssen, um den Zusammenschluß des Reiches zu verhindern. Ob Deutschland den Young-Plan erfüllen könne, lasse sich heute noch nicht übersehen. Wenn das nicht möglich sei, werde der Young-Plan geändert werden müssen. Es handle sich bei der Erfüllung des Young-Plans um einen Versuch und darum, den guten Willen zu zeigen. Ein schönes Reim, wie es die Nationalsozialisten forderten, würde Deutschland vollends in den Abgrund stürzen. — Zu innerpolitischen Fragen übergehend, erklärte Braun, daß eine Gehalts- und Lohnlenkung ohne eine entsprechende Preisentlastung auf das deutsche Wirtschaftsleben verheerend wirken müsse. Sie würde zwar den Unternehmerprofit steigern, die Arbeitslosigkeit in Deutschland aber noch erhöhen. Der Redner wandte sich dann gegen die Kommunisten, die mit ihren Ideen in Rußland bereits Schlußbruch erlitten hätten, und gegen die Nationalsozialisten, die jetzt zum Generalangriff auf das republikanische Preußen ansetzen. Die deutsche Republik werde im kommenden Winter ihre schwere Belastungsprobe zu bestehen haben. Der Ruf nach dem Diktator, dem starken Mann, sei unfrisch. Bei der heutigen Herrschaft in Deutschland seien die Maßnahmen der Reichsregierung als ein Verlust, aus dem Dilemma herauszufinden, trog aller Bedenken im einzelnen anerkennbar. Es sei wenigstens ein fester und entschlossener Wille vorhanden. Die Reichsregierung handle auf Grund verfassungsgünstiger Bestimmungen. Am 14. September habe das deutsche Volk den Kopf verloren gehabt. Wenn es und die Volksboten nicht bald wieder zur Vernunft kämen, würde es unvermeidlich sein, daß der Kampf zwischen Diktatur und Volk ausgefochten würde. — Als zu Beginn der Verfassung die Reichsbannerleute in den Circusraum marschierten, wurden von bisher unbekannten Tätern mehrere Tränengasbomben geworfen, durch die eine vorübergehende Verwirrung entstand.

Reichsbanner
Übersäßt das Heim der Nationalsozialisten.
Dresden. Von der Nationalsozialistischen Partei wird dem Zentral-Sachsenbund mitgeteilt:
Im Anschluß an die Zirkusversammlung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners, in der Ministerpräsident Braun sprach, übersäßt eine Gruppe von etwa 200 Mann Reichsbanner das Partelheim der Nationalsozialisten in der Ritterstraße. Die Polizei hatte feinerlei Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen getroffen, obwohl sie darmit rechnen konnte, daß ein Überfall auf das in der Nähe des Zirkusgebäudes liegende Partelheim gleichzeitig. Sie hat weiterhin die Reichsbannerleute, die schon in das Zirkus eingedrungen waren, nicht zurückgedrängt, sondern auf die

SL-Deutsche mit den Kommunisten eingeschlagen. Nur der Bekennenschein der im Zirkus anwesenden Nationalsozialisten ist es zu danken, daß es zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. Zur Zeit stellen Polizeibeamte Untersuchungen über die Schuldfrage an.

Es wird sich dann herausstellen, was an den Schuldbekenntnissen, die die Nationalsozialistische Partei gegen die Polizei erhebt, außergewöhnlich ist.

Die französischen Militärkredite mit großer Mehrheit bewilligt.

Paris. Die französische Kammer lehrt am Dienstagabend nachmittags die Beratung über den Haarschuldsatz fort.

Ministerpräsident Maginot hielt eine Rede, in der er darauf hinweist, daß die französische Regierung unmittelbar nach dem Kriege die Haarschuldsätze nicht erhöhen möchte. Heute habe das Heer jedoch sehr viel verbraucht und dadurch auch teurer Material zugesetzt als damals. In seiner Einschätzung als reines Verteidigungsinstrument müsse das Heer nach Möglichkeit motorisiert werden. Es sei die heilige Pflicht, das Heer mit Munition und Material zu versorgen, daß es im Ernstfalle seinem Gegner nicht unterlegen sei.

Die französische Regierung sei Anhänger der Abrüstung, aber nur unter der Bedingung, daß die ehemaligen und friedliegenden Völker nicht die Narren der anderen werden. Ein Krieg wäre ein Selbstmord aller beteiligten Staaten, auch der Sieger. Sollte die Verbindung eines Krieges alle Untergangsgesetze auf, nicht nur die, die auf eine internationale Abrüstung hinausgingen, sondern auch die, die die friedliegenden Staaten vor einem bösen Streit schützen. Das Heer habe sicherlich durch die Einschaffung der einjährigen Dienstzeit an Wert etwas verloren. Die Regierung sei jedoch bemüht, durch eine bessere Organisation diese Scharte wieder gut zu machen.

Als letzter Redner unterstrich der französische Justizminister die Notwendigkeit der Organiungskredite für die französische Luftflotte.

Die Vorlage über die Militärkredite wurde dann mit 438 gegen 139 Stimmen angenommen.

Das Ende einer häblichen Legende.

Berlin. (Kunstpruch.) Die Berliner Vertretung der Dornierwerke teilte mit: Vor einem Teil der deutschen Presse wurde eine Nachricht des Daily Herald übernommen, wonach das britische Luftfahrtministerium dem 2. Offizier der "Do X" eine Belohnung in Höhe von 1100 Pfund (22 000 Mark) vor dem Abflug nach Bordeaux überreicht hätte. Der Kommandant des "Do X", Kapitän Christian, der erst jetzt hierfür erfuhr, telegraphierte aus London, daß die "Prestonians" frei erfunden sei. Das Dornierflugzeug "Do X" und seine Besatzung seien Ehrengäste der englischen Marinestation Calshot gewesen, wo sie in familiärer Weise in wahrem Sinne des Wortes aufgenommen wurden.

Deutscher Minderheitenerfolg

Copenhagen, 3. Dezember.

Im Dänischen Reichstag fand gestern die erste Beratung der Regierungsvorlage über das neue Schulgesetz für Nordschleswig statt. Gleichzeitig wurde der für den von dem deutschen Abgeordneten Schmidt-Wodder eingebrochene Vorschlag beraten, der die Wünsche der deutschen Minderheit für die dänischen Schulen in Nordschleswig enthält. Sämtliche Redner erklärten, daß sie zu den beiden Vorschlägen zu Verhandlungen bereit seien. Der Unterrichtsminister erklärte, er sei bereit, über den Hauptwunsch der deutschen Minderheit auf Errichtung einer höheren Schule mit Abiturrecht in Verhandlungen einzutreten. Der Abgeordnete Schmidt-Wodder gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ihm die Redner der anderen Parteien im Gegenzug zu früher Entgegenkommen bewiesen hätten, und sprach die Hoffnung aus, daß man zu einer Einigung gelangen möge. Beide Vorschläge wurden schließlich einem gemeinsamen Konsens überwiesen, in dem auch der deutsche Abgeordnete einen Stützen genommen wurden.

Die übliche Verhältnissitung

Genua, 3. Dezember.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß hat gestern zu dem Vorschlag des Graf Bernstorff, dem Völkerbundrat als Datum für die allgemeine Abrüstungskonferenz den November 1931 zu empfehlen, Stellung genommen. Graf Bernstorff erwähnte mehrere Redner, die die Zustimmung der Konferenz zu machen bereit waren, mit dieser Formel würde die öffentliche Meinung sich nicht zufrieden geben, denn damit sei sie schon zu oft vertrödelt worden. Um übrigens habe ja der Völkerbundrat selbst schon im Jahre 1926 den Ausdruck aufgefordert, ihm Vorschläge über das Datum der Konferenz zu machen. Im Verlauf der Aussprache kam es wieder zu einem Zusammentreffen zwischen Graf Bernstorff und Lord Cecil, der, wie fürstlich, wieder den deutschen Delegierten persönlich angriff. Lord Cecil meinte in ziemlich gereiztem Ton, es sei nicht das erste Mal, daß Graf Bernstorff sich als Anwalt der öffentlichen Meinung aufspielt. Von einer Einwirkung der angeblichen öffentlichen Meinung auf die Haltung des deutschen Delegierten bei den Arbeiten des Ausschusses habe er aber nichts bemerkt. Graf Bernstorff erwähnte sehr ruhig, er verstehe, warum Lord Cecil sich so aufregt. Sein Hinweis auf die öffentliche Meinung sei nicht so unberücksichtigt, wie Lord Cecil offenbar glaubt. Die meisten Regierungen würden für eine wirkliche Abrüstung bestimmt nichts tun, wenn die öffentliche Meinung sie nicht fordere. Der Ausschuss habe darauf gegen die Stimmen Deutschlands, Italiens, Russlands und Bulgariens den deutschen Vorschlag ab und nahm einen Vorschlag Lord Cecils an, der Völkerbundrat möge auf seiner Januartagung das Datum der Konferenz festlegen.

Stosantrag im Prozeß Homfens.

Königsberg. (Kunstpruch.) Im Prozeß gegen Homfens wegen Belästigung der Regierung und wegen Aufreisung zum Steuerkreis beantragte der Staatsanwalt gegen Homfens, daß es zu denken, daß es zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. Zur Zeit stellen Polizeibeamte Untersuchungen über die Schuldfrage an.

Der Kampf um die Notverordnung beginnt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Dezember, nachm. 8 Uhr. (Funkspruch.) Die Tribünen sind dicht besetzt, der Saal füllt sich erst langsam, als Präsident Löbe die erste Sitzung nach der Säule eröffnet. Am Regierungstisch sitzen Reichsfinanzminister Dr. Brüning, Reichsinnenminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Dr. Schröder, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Reichskabinettminister Dr. Eich und Reichspostminister Schäfer.

Sundays werden geschäftliche Mitteilungen verlesen, darunter die auch von der Staatskanzlei an den Reichskabinettminister eingegangenen Anträge zur Gesetzesfolgung von zahlreichen Abgeordneten. Diese Anträge werden, wie üblich, dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die erste Beratung des Gesetz für 1931.

Vor Eintreten in die Beratungen protestiert Abg. Körzer (komm.) gegen das Kostenangebot der Polizeiamtsstellen in der Umgebung des Reichstages. Er beantragt die Auflösung der Polizei. Der Antrag kann nicht zur Beratung kommen, weil von den Sozialdemokraten Widerstand erhoben wird.

Der Präsident erzielt dann beim Reichskabinettminister Dietrich — von den Kommunisten als „sozialistischer Hungerminister“ begrüßt — zur Begründung des Gesetzes das Wort.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

Führte u. a. aus: Die Reichsregierung legt Ihnen den Staat für das Jahr 1931/32, wie ihn der Reichsrat verabschiedet hat, diesmal ungewöhnlich frühzeitig vor. Der Grund dafür ist vornehmlich darin zu sehen, daß wir aus dem Unüberblicksstand herauskommen müssen, in welchen wir im laufenden Staat Jahr geraten sind. Der neue Staat ist besonders interessant, weil er zahlenmäßig von dem gegenwärtig laufenden Staat, der befannlich anzweilte, gänzt wurde, sich erheblich unterscheidet. Die Ausgaben im ordentlichen Staat sind um 155 Millionen und im außerordentlichen um 275 Millionen verringert. Zusammen reicht die Differenz nahe an 150 Millionen heran.

Dieses Budgetbild war nur zu erreichen im Zusammenhang mit einer Reihe von Maßnahmen, die in den sozialen Reformen der Notverordnung enthalten sind, vornehmlich durch die Rüstung der Gehälter und die Weiterführung eines Teils der Einnahmen, die durch Notverordnung vom Sommer eröffnet wurden. Dazu kommt, daß die Neuerstellungen an Ländern und Gemeinden schon infolge der Steuerausfälle stark gefallen wurden und daß in den Ländern eine Summe von 100 Millionen à conto ihrer Gehälter

Berbindlichkeitserklärung des Schiedspruches in der städtischen Metallindustrie.

Berlin. (Funkspruch.) In dem Mantelarbeitskreis der städtischen Metallindustrie haben die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 21. November 1930 über den Schiedspruch vom 5. November 1930 zu seiner Einigung geführt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Die Staatspartei in Fraktionstürke.

Berlin. (Funkspruch.) Der in Schlesien für die Deutsche Bauernpartei gewählte Reichstagsabgeordnete Hillebrand hat sich als Solipsist der Reichstagsfraktion der Deutschen Bauernpartei angeschlossen, obwohl er in der Deutschen Bauernpartei bleibt. Im Arbeitsrat des Reichstages wurde daher die Gruppe der Deutschen Bauernpartei, die nunmehr mit Hillebrand 15 Mitglieder zählt, als solche Fraktion anerkannt. Über die Umbefreiung der Ausschüsse des Reichstages, in denen die Staatspartei als Fraktion künftig vertreten sein muß, will der Arbeitsrat in seiner nächsten Sitzung Beschluss fassen. Grundsätzlich wurde die sofortige Umbefreiung der Ausschüsse bereits heute beschlossen.

Polizeiliche Aushebung einer nationalsozialistischen Sturmabteilung.

Breslau. (Funkspruch.) Nach einer amtlichen Mitteilung der Polizei wurden in der Nacht zum 8./9. in Gósciełowice, Landkreis Breslau, etwa 150 Mitglieder der Nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter Sanitäter, uniformiert,feldmarschallmäßig ausgerüstet und bewaffnet, festgesetzt. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers von Delfen untergebracht, wo die Unterkunft in Sälen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzukommendes Schupo-Standkommando hellte eine Woge Wasser, darunter schwere geladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Schwämmen aller Art fest. Eine zahlenmäßige Feststellung war bisher nicht möglich, da die noch in der Nacht weiter angestellten Ermittlungen noch fortzudenken. Die vorläufig genommenen Räumungen wurden in den frühen Morgenstunden durch Lastkraftwagen der Schupo zum Polizeikräfteamt gebracht, wo die weiteren Vernehmungen stattfinden. Die Entführten werden noch heute dem Gericht angeführt.

Beste Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 2. Dezember 1930.

Botschafter Graf Wellesz beim Reichspräsidenten.
Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter in Madrid, Graf von Wellesz.

Grenze im Ossingerhaus?

Berlin. (Funkspruch.) Nach einer Meldung, die den Vertretern des Vorwärts-Kontroverse-Ossinger angegangen ist, hat der Vorwärts-NH jetzt nach seiner Verbaltung genehmigt, Rübung zu NH zu nehmen. Dieser Kontakt ist, wie verlautet, darauf zurückzuführen, daß es eine Haftentlassung Ossingers zunächst kaum gedacht werden kann.

Gesch. Todesopfer eines Komplizen.

London. Gesch. Tote und zahlreiche Schwerverwundete wurden in einer kleinen Stadt in Unteritalien die Opfer eines Attentats. Eine Polizeipatrouille war von einem Rundgang durch die Umgebung zurückgekehrt, als einer der Polizisten plötzlich das Feuer auf seine Kameraden eröffnete und sie niederschoss. Er drang in das Polizeigebäude ein und feuerte wild auf die Angreiferen. Die

ersparnde Einschätzung nimmt die Sofortmaßnahme zur Selbstabridigung der Arbeitslosenversicherung. Zu diesem Zweck wurden die Beiträge um 6% gesteigert. Diese 6% können bedeuten, wenn sie das nächste Jahr durch aufrechterhalten werden müssen, eine Zunahme von 174 Millionen, zu denen dann noch hinzukommen für die Arbeitslosenversicherung 400 Millionen plus 30 Millionen Vermögensaufwand, die im Staat noch vorgesehen sind, so daß im nächsten Jahr für das nächste Jahr zur Verfügung stehen 120 Millionen R.R. Diese Summe differiert nur um einen geringen Betrag gegen den Aufwand, den wir für das laufende Staat Jahr voraussichtlich haben werden und zu welchem das Reich in ständig höherem Maße auf Grund seiner Verantwortlichkeit an die Arbeitslosenversicherung herangezogen wurde. Diese Rücksicht ergeben und nicht vorher sovielen Anwendungen erreichen zum Glück ohne daß man heute schon eine endgültige Zahl angeben kann, die Summe von mehr als 1100 Millionen R.R. Es muß erneut betont werden, daß Berlin der Hauptgrund der neuen Verschärfung des laufenden Jahres zu suchen ist. Bei der Ausstellung des Staat 1930 war von einer durchschnittlichen Zahl von 1,2 Millionen unterschätzten Arbeitslosen ausgegangen worden.

Die im Jahre 1930 für Zwecke der Arbeitslosen zur Verfügung gestellten Mittel reichen trotz allem nicht aus, so daß das Jahr 1931 hier mit einem Defizit von ungefähr 300 Millionen abgeschlossen wird. So den Schwierigkeiten bei der Arbeitslosenversicherung trat ein ähnliches Maßnahmeverfahren, das für das ganze Jahr auf 300 Millionen gesetzt werden ist. So prognostiziert, wie das nächste Jahr schließlich ablaufen wird, liegt anberhalb unserer Kräfte, aber die Aufgaben bei der Ausstellung des neuen Haushalt bestehen darin, nach Möglichkeit die Gefahrenmomente zu begrenzen.

Soweit die Arbeitslosenversicherung in Frage kommt, ist das dadurch gekennzeichnet, daß im Staat nur 400 Millionen für die Rentenversicherung eingelegt sind und im übrigen die Selbstabridigung der Arbeitslosenversicherung durch erhebliche Beiträge garantiert ist.

Das Einkommen über an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben ist um 1160 Millionen gegenüber dem Staat von 1930 beträchtlich gestiegen.

Zwar kann es notwendig, neue Einnahmen in Höhe von 700 Millionen zu schaffen. Da jede Belastung der Produktion vermieden werden muß, könnte der Anstieg nur bei Steuern auf dem entbehrlichen Genuß getroffen werden. Da beim Braunkohle die leichte Abhängigkeit leichtlich einen Ausfall gebracht hat und eine starke Preisbelastung des Werts durch die Erhöhung an die Gemeinden erfolgt ist, blieb hier nur noch der Tabak.

Bei Schluß der Redaktion war die Rede noch nicht beendet.

sich angestellt hatten. Die ganze Nacht raste er, Schreiten verbreitend, weiter und endete am Morgen durch Selbstmord.

Marga von Eddorf nach Agadir gestartet.

* Madrid. Die Sportfliegerin Marga von Eddorf ist am Dienstag früh von Sevilla nach Agadir gestartet.

Schulnabe erstickt sechsjährigen Kameraden.

Gotha. (Funkspruch.) In der Volksschule von Gräfenthal kam es heute vormittag während der Pause zwischen Schülern zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Schüler Kramer ein Messer heranzog und den sechsjährigen Kameraden eines Bandenbündnis erschlug. Während der Kleine tot zusammenbrach, bremste der jugendliche Täter die eilende Rettung, um zu verschwinden. Es gelang bisher nicht, seiner habhaft zu werden; er wurde auch in der Wohnung seines Vaters, des Kommunistenführers Kramer, nicht aufgefunden.

Standesamt-Nachrichten

auf die Zeit vom 16. bis mit 30. November 1930.

Standesamt Riesa I
(Altresa, Gemeinden Poppitz und Wergendorf.)

Geburten:

Ein Knabe; dem Schuhgeschäftsinhaber Karl Wiedholz, b.; dem Handlungsbewilligten Adolf Theodor Florian Hagen, b.; dem Kürschnermeister Alois Herrmann, b.; Ein Mädchen; dem Lagerist Willi Arthur Schäffer, b.; dem Fabrikarbeiter Kurt Erich Arthur Höhne, b.; dem Beamten Otto Curt Mühl, b.; dem Autogenschwefler Oswald Erich Bröschner, b. — Außerdem drei uneheliche Geburten.

Aufgebote:

Der Lokomotivführerwärter Eduard Hieronymus, b. und die beruflose Matrose Frieda Meiß, b.; der Ingenieur Josef Langenbach, b. und die Dienstmeisterin Auguste Emma Günther, b.; der Arbeiter Paul Arthur Rosberg, b. und die Arbeiterin Beate Margaretha Geber, b.; der Kürschnermeister Ernst Erich Kurt Rüger, b. und die Arbeiterin Helene Gertrud Schädel, b.; der Kraftwagenfahrer Theodor Kurt Schreiber, b. und die Käferin Paula Frieda Schubert, b.

Geflügel:

Der Oberschiffsführerwärter Eduard Hieronymus, b. und die beruflose Matrose Frieda Meiß, b.; der Ingenieur Josef Langenbach, b. und die Dienstmeisterin Auguste Emma Günther, b.; der Arbeiter Paul Arthur Rosberg, b. und die Arbeiterin Beate Margaretha Geber, b.; der Kürschnermeister Ernst Erich Kurt Rüger, b. und die Arbeiterin Helene Gertrud Schädel, b.; der Kraftwagenfahrer Theodor Kurt Schreiber, b. und die Käferin Paula Frieda Schubert, b.

Günstlich festgelegte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 3. Dezember 1930.

Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark.

Wheat, märkte	251,00—252,00	per October	155,50—157,50	per October	24,00—31,00
per December	268,50—269,00	per December	171,50—178,50	per December	28,00—25,00
per März	278,00—277,00	per Mai	183	Barley, rye	19,00—21,00
per Mai	287,50—286,50	Triticale:	180	Flax	20,00—18,00
Winter:	158,00—160,00	Wheat, rye	180	Linseed	18,00—21,00
per October	—	Wheat, rye	180	Flaxseed	12,00
per December	178,50—179,50	Wheat, rye	180	Linseed oil	11,40—11,50
per März	191,50	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
per Mai	197,50—197,00	Wheat, rye	180	Linseed oil	10,50
Summer:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	158,00—160,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
per October	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
per December	178,50—179,50	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
per März	191,50	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
per Mai	197,50—197,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Summer:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	198—200	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter u. Subsistenz-Werte	188—190	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wintergerste, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter, märkte	160,00—147,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
do, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wintergerste, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter, märkte	160,00—147,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
do, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wintergerste, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter, märkte	160,00—147,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
do, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wintergerste, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter, märkte	160,00—147,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
do, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wintergerste, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter:	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Winter, märkte	160,00—147,00	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
do, neu	—	Wheat, rye	180	Flaxseed oil	10,50
Wheat, märkte	—</td				

Ulrich vom Taugn in Bild und Wort.



Von links nach rechts:

Rüdiger des Dresdner Oberbürgermeisters.

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Bläher, der vor kurzem den Vorsitz der sozialdemokratischen Landtagsfraktion niedergelegt, hat sein Gefüch um Vergebung in den Ruhestand mit dem 31. März 1931 eingereicht.

Zum 1. Präsidenten des Reichsländerbundes gewählt wurde der Landrat und Bürgermeister Heinrich Lind aus Nieder-Ingelheim (Kreis Hanau), der 2. Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes.

Adolph Hoffmann †.
Der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Adolph Hoffmann — als „Sehn-Gebote-Hoffmann“ eine der populärsten Erscheinungen des politischen Deutschlands — ist in der Nacht zum 2. Dezember im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben.

Zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Ostmarkenvereins gewählt wurde Major a. D. Wagner.

Bild rechts

Brand auf einem deutschen Ueberseedampfer.
Auf dem Frachtdampfer „Ludwigshafen“, einem 8000 Tonnen-Schiff des Norddeutschen Lloyd, das sich mit einer Ladung Salpeter auf dem Wege von der Weltküste Südamerikas nach der Heimat befand, brach beim Passagieren des Golfs von Panama ein gefährlicher Brand aus. Nach mehrstündigem Arbeit konnte das Feuer gelöscht werden, so daß die „Ludwigshafen“ mit eigener Kraft den nächsten Hafen erreichen konnte.



Rundfunk-Programm.

Donnerstag.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

7.00: Funk-Sommerzeit. — Anschließend bis 8.15: Frühstück. — 8.30: Die Witterungsstunde für den Landwirt. — 14.00: Peter Nitschke (Schallplattenkonzert). — 15.15: Unser Gute und wir. — 16.35: Jugendstunde: Die Entwicklung des Autos. Nebentreffung zw. den Brennabor-Werken, Brandenburg (Hav.). — 16.45: Volkskino, eine wendende Welt. — 16.50: Solistenkonzert. — 17.30: Kohle und Wasserkraft. — 17.55: Kurze Büchsenshows: Tierbächer. — 18.05: Chorgesänge: Morgen- und Abendlieder (Steglitzer Chorvereinigung). — 18.25: Theologische Diskussion über die Psychoanalyse. — 19.00: Soll man noch Romane schreiben? — 19.30: Von Königsberg: Ortsberichtskonzert. — 20.30: Wovon man spricht. — 21.10: Berlin — leise Ausgabe. — Söderspiel von Ernst Toller (Uraufführung). — 22.15: Zeitungs- u. — Danach bis 0.30: Tanzmusik (Capelle Delos Belo). — Von Köln: Als Einlage: Die letzten 20 Minuten vom Kölner Schlagzeuger.

Königsmauerhausen.

6.25: Zeitanlage und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Sommerzeit. — Anschließend: Frühstück. — 10.30: Mitteilungen des Verbandes der preußischen Landgemeinden. — 10.45: Schulfunk: Die Pfianze im Kampf um Licht und Raum. — 10.35: Neuweite Nachrichten. — 12.00: Kammermusik (Schallplattenkonzert). — Während einer Pause: Wetterbericht. — 13.30: Neuweite Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 16.00: Jugendstunde: Erlebnisse in Algier. — 16.30: Wetter- und Wöchentbericht. — 16.45: Frauenstunde: Berühmte Sängerinnen. — 16.00: Pädagogischer Fun: Schul- und Laienspiel. Freies oder gebundenes Szenenspiel in der Schule. — 16.30: Von Berlin: Nachmittagskonzert. — 17.30: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft). — 18.00: Neue Formen deutscher Zusammenfassung in Ostland und Westland. — 18.30: Hochschulmusik: Die Rete Blom. — 19.00: Justus Möser (Zum 210. Geburtstag). — 19.30: Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Verlängerung der Schule. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Von Köln: Abendkonzert. — Anschließend: Berliner Programm.

Bermischtes.

Der Frauenmord in der Treschowstraße in Berlin. Die gestern vorgenommene Obduktion der Leiche der Konstituentenhäklerin Anna Metzke, die, wie gemeldet, am Freitag in ihrer Wohnung in der Treschowstraße ermordet aufgefunden wurde, hat ergeben, daß der Tod durch Erwürgen eingetreten ist. Ein Sittlichkeitsverbrechen liegt nicht vor. Durch diese Feststellung wird der Mord noch rätselhafter, denn bekanntlich ist von den geringen Häbselgkeiten der Frau nichts geraubt worden.

Rätselhafter Selbstmord eines Tertianers. Unter geheimnisvollen Umständen hat nach einer Melbung Berliner Bildner am Dienstagabend der Sohn des Reichsbahndirektors Rosenberg in Behlendorf, der 14jährige Tertianer Hans Rosenberg, den Tod gefunden. Der Knabe, der seit

vergangenen Sonnabend vermisst wurde, drang am Dienstag in die Villa des Professors Behrend in Behlendorf ein. Beim Betreten ihrer Villa bemerkte die Frau des Professors auf der Treppe einen jungen Mann, der einen Revolver in der Hand hielt und der Frau „Hände hoch“ auflief. Unmittelbar darauf trafte ein Schuß durch den aber niemand verletzt wurde. Die Frau eilte hinauf und schrie dann nach kurzer Zeit mit Bassant zurück. Bei Durchsuchung der Villa fand man dann den Knaben in einem Erdgeschosszimmer am Boden liegend tot. Er hatte sich einen Schuß in die Brust gebracht, an dem er kurze Zeit später in der Rettungskette Oskar-Helene-Heim verstorben ist. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurden die Eltern des Kindes in einem Auto nach dem Oskar-Helene-Heim geholt, wo sie zu ihrem Entsetzen in dem Toten ihren verschwundenen Sohn erkannten. Der Knabe soll besonders in der letzten Zeit große Vorliebe für abenteuerliche Romane und ähnliche Schriften gesiegt haben.

Selbstmordversuch einer sozialdemokratischen Abgeordneten. Die sozialdemokratische Berliner Stadtverordnete Frau Dr. Frankenholz, die Nachfolgerin des am Montag verstorbenen Abg. Adolf Hoffmann im preußischen Landtag hat, wie der Volksanzeiger erfuhr, einen Selbstmordversuch durch Einnahmen einer größeren Dosis Gift unternommen. Frau Dr. Frankenholz liegt an den Folgen schwer krank im Urban-Krankenhaus.

Schäferische Erbberechtigte gründen einen Verein. Die Erbberechtigten des Schäferischen Millionenklubs, der bereits mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigte, haben in einer von 300 Personen besuchten Versammlung in Halle beschlossen, einen eingetragenen Verein der Schäferischen Erbgemeinschaft zu gründen, um bei der holländischen Regierung vorstellig zu werden und die Angelegenheit zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Es kam zur Sprache, daß die holländische Regierung die Ansprüche der Erben bestreite und der deutsche Generalconsul mitgeteilt haben soll, daß weitere Anträge in dieser Sache nicht mehr beantwortet werden würden.

Zum bevorstehenden Kleinen Bombenleger-Prozeß. In der am 8. Dezember beginnenden Session des Altonaer Schwurgerichts wird der sogenannte Kleine Bombenleger-Prozeß verhandelt werden. Es handelt sich um die Sühne für die Bombenanschläge in Reichenfleiter und Bob Oldesloe in der Nacht zum 15. März ds. Jhs. Angeklagt sind der Chemiker Dr. Hellmann-Hamburg, der Kaufmann v. Wilmowitz-Loëllendorf-Hamburg, der Tischler Koch-Rahlstedt, der Kaufmann Hambros-Hamburg, der Handlungsgesellschafter Ammermann-Hamburg und der Angeklagte Kröger-Hahlstedt, die sämtlich der in Hamburg zur Zeit verbotenen Organisation Wehrwolf angehörten. Den Vorfall der Verhandlung, die etwa eine Woche dauern dürfte, hat Landgerichtsrat Dr. Hildebrandt. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Dr. Juncker und Staatsanwaltshofrat Körte. Die Verteidigung liegt bei H.-A. Dr. Buetgebrun-Göttingen und den Hamburger Anwälten Dr. Dröge und Dr. Engel. Es sind voraussichtlich 20 Zeugen geladen.

Auch eine Revision. Vor der Annahmestelle der Springer Kreispartei in Böhlen a. d. Elster fuhr ein elegantes Auto vor, dem zwei vornehme Herren entstiegen. Sie begaben sich in die Kasse und erklärten der allein anwesenden Frau des Annahmestellen-Verwalters, daß sie der neue Kassierer und der neue Gegenbuchführer der Kreispartei Springer seien und zu einer Revision gekommen wären. Der Eintrittshüter halbte nahm man Kassenbon und die vorhandenen Scheine mit. Als die Frau später ihrem Ehemann von der „Revision“ Kenntnis gab, erfuhr man von der Kasse, daß es sich um ein Schwindsommandanten handele. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Einer, der den Namen seiner Mutter wissen möchte. Die schwedische Regierung steht noch jetzt vor die schwierige Entscheidung, ob sie den Wunsch eines 53-jährigen schwedischen Bürgers, der den Namen seiner Mutter wissen möchte, erfüllen darf oder nicht. Im Jahre 1877 brachte eine unbekannte Dame in der schwedischen Pfarrgemeinde Birestad einen Knaben zur Welt und verließ nach kurzer Zeit den Ort, während ihr Kind zurückblieb. Vor ihrer Abreise gab sie dem Geistlichen eines verliegten Brief mit der Anweisung, dieser bitte von seinem anderen als dem Adoptivvater des Kindes geöffnet werden, und zwar erst, wenn das Kind mindestens geworden sei. Der Adoptiv-Vater verließ aber etwa 10 Jahre später Schweden, ging nach den Vereinigten Staaten und ist jetzt tot. Das Kind, das unterdessen heranwuchs, konnte über den Namen seiner Mutter nicht unterrichtet werden, da der Geistliche sich nicht ihr berechtigt hielt, den Brief selbst zu öffnen. Daher hat er sich jetzt an die Regierung gewendet. Die schwedischen Behörden geben dem Geistlichen Recht, während einige Rechtsanwälte die Unrichtigkeit vertreten, daß man seinem Menschen das Recht verwehren könne, zu wissen, wer seine Mutter war. Der Sohn Napoleon verzichtet zwar die Nachforschung nach der Vaterschaft, aber sein Gelehrbuch der Welt sieht so etwas für die Mutterlichkeit vor. Es war zweitelloß die Wicht der Mutter, ihrem Kind Aufzucht zu gewähren, und nach 55 Jahren müßte dies endlich geschehen, indem die Regierung anstelle des Adoptivvaters trete.

Großfeuer in Rendsburg.

Rendsburg. (Funkspruch) Im früheren Infanterie-Depot, das jetzt von verschiedenen Industriefirmen als Lagerraum benutzt wird, brach gestern abend Feuer aus, das sich schnell ausdehnte und das ganze 80 Meter lange achtstöckige Gebäude zerstörte. Der Schaden ist außerordentlich hoch. Da das Untergeschoss des Gebäudes als Großgarage verpachtet war, gerieten auch die dort untergehaltenen Kraftwagen in Gefahr. Ein Kraftwagen verbrannte, als Entzündungssache wird Bergaerbrand eines Kraftwagens vermutet. Die Berufsfeuerwehr der Stadt und die Wehren der benachbarten Industriewerke bemühten sich aufs Äußerste um die Sicherung der angrenzenden schwergelöhrdeten Häuser, die völlig geräumt werden müssen. Die gesamte Wehrmacht in Rendsburg war zu Abschaffungsübung kommandiert worden.

Weihnachten steht vor der Tür!



Wer Geschäfte machen will muss inserieren!

Deutscher Industrie- und Handelsstag.

Am 28. November 1930 trat der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelsstags unter dem Vorsitz seines Präsidenten Herrn Franz A. Mendelsohn, unter aktiverer Beteiligung auch von Reichs- und Staatssekretären zusammen. Auf Grund von Berichten der Herren Dr. Bruno Breckau, Dr. Hengel und Dr. Hamm, Berlin, sowie nach Entgegennahme eines Vortrages des Leiters des Reichswirtschaftsministeriums, Herrn Staatssekretär Dr. Trenckleben, nahm der Ausschuss zu dem Finanzprogramm der Reichsregierung und zu der Frage der Preisentlastung in der folgenden

Geschichtung

Stellung:

1. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung bei seinem Erörtern als einen Auftakt der Maßnahmen betrachtet, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem Zwang zu rascher Tat nicht verschließe und an seinem Tschick, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem Zwang zu rascher Tat nicht verschließe und an seinem Tschick, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem

Zwang zu rascher Tat nicht verschließe und an seinem Tschick, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem Zwang zu rascher Tat nicht verschließe und an seinem Tschick, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem

Zwang zu rascher Tat nicht verschließe und an seinem Tschick, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, dass der Reichstag sich dem

Die deutschen Industrie- und Handelskammern begründen jedes wirtschaftliche verständige Bemühen um Aufklärung der Preisauflösung und Preisentlastung. Sie müssen aber vor einer sozialewährenden Bewirbung der öffentlichen Meinung und vor unsachverständigen Einzelmaßnahmen warnen. Insbesondere geht es, auch nach den Ergebnissen des Enquete-Ausschusses, nicht an, von allgemeinen Überzeugungen der Handelskammern zu sprechen, zumal es im freien Großhandel wie im Kaufmännischen Einzelhandel durchweg an den Voraussetzungen vereinbarer Preisentlastungen fehlt.

Die Preisabbautektion hat vielfach zu einer stärkeren Zurückholung der Käufe geführt, als sie aus der Minde-

zung der Einnahmen zu erklären ist. Eine weitere Zurückhaltung würde den Anteil der festen Kosten am Verkaufspreis erhöhen und somit die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Preisabbaues mindern; sie würde Rückgang der Aufträge, zunehmende Arbeitslosigkeit und damit weitergreifende Schäden zur Folge haben.

Um zur gefälligen Kenntnis.

Der Hauptausschuss führte ferner Entwicklungen zu Fragen Eisenbahn und Kraftwagen" auf Vortrag von Herrn Oberbürgermeister Professor Dr. Mok, sowie zu den Fragen der Senkung der Eisenbahntarife und der Posttarife auf Grund von Bericht der Herren Kommissarientat Michaeli, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, und Professor Salomon, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. und Mitglied des Verwaltungsrates der Reichspost. Diese Entwicklungen werden morgen den Herren Vertretern der Presse in einer Pressekonferenz um 11 Uhr übergeben und gleichzeitig veröffentlicht werden.

2. Mit der grundlegenden Billigung der Finanzreformabsichten der Reichsregierung ist feinste Weise eine volle Zustimmung zu den Finanzpolitiken im einzelnen verbunden. So ist leider der Gedanke der Realsteuerentlastung im Reichsrat in einer Weise abgeschwächt worden, die den programmativen Zwecken, die gegenwärtige Überlastung wirksam zu mindern, Produktion und Arbeitsbeschäftigung zu fördern und die Preisentlastung zu unterstützen, scharf widergesetzt. Auch im Entwurf des Steuererweiterungsgegesetzes, dessen endgültige Würdigung so lange unmöglich ist, als nicht die mit ihm innerlich zusammenhängenden Gesetzmäßigkeiten vorliegen, sind erhebliche Verbesserungen notwendig. Insbesondere ist Gleichmäßigkeit der Besteuerung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und derjenigen der privaten Hand zu schaffen; die Maßnahmen dürfen nicht den Weg zu Steuererhöhungen gestoppt und müssen daher herabgelegt werden; Land und Gemeinde müssen gesetzlich angehalten werden, die zu ihrer Verfügung stehenden Steuerarten in einem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zusammenzutunen; endlich ist es notwendig, Überlastungen durch geeignete staatswirtschaftliche Genehmigungsfreiheit zu beseitigen und den wirtschaftlichen Berufsvorstellungen die Anhörung bei Realsteuerbeschlüssen zum Zwecke besserer Verständigung zwischen Gemeinden und Wirtschaft zu lassen.

3. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hält mit der Reichsregierung eine weitere Anpassung der deutschen Warenpreise auf allen Stufen der Güterverarbeitung und -verteilung an die veränderte Lage auf den Weltmärkten für ein dringendes Gebot der Selbstverhinderung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und besonders ihrer Behauptung im internationalen Wettbewerb. Zu einem großen Teil hat sich bereits ein starker Preisabbau vollzogen, nicht ohne sehr erhebliche privatwirtschaftliche Schädigungen und Vermögensentwertungen. Indes ist in dieser der kapitalistischen Wirtschaft eigene Vorgang zur Zeit durch die Kapitalschwäche der Unternehmungen, wie namentlich durch eine weitreichende Größtenteile durch Maßnahmen der öffentlichen Hand bedingte Erstarrung wichtiger Konkurrenz er schwer. Es ist daher vor allem die Senkung der öffentlichen Lasten, die Ermöglichung von Kapitalbildung und eine beweglichere Anpassung der Währung an die Konjunkturlage erforderlich. Wo Preisabbautektionen einer wirtschaftlich möglichen Preisentlastung entgegenstehen, müssen die beteiligten Kreise sich freiwillig zu einer Anpassung entschließen, um das Kartellwesen in seinen gesunden Funktionen zu erhalten.

Gin. Wintertraum.

Copyright by Brückenberg-Verlag, Zwickau i. Sa.
Roman aus Oberhof von Anna Wothe.

1. Fortsetzung.

"Sie hatten wohl nicht viel Lust, Herr Gunz, uns alle ins Jenseits zu befördern?" fragte mit hellem Lachen der Prinz, indem er die mit weißen Wollhandschuhen bekleideten Hände gegeneinander schlug.

"Vielleicht," lächelte der Flieger spöttisch zurück. "Ich habe Heile schon mehr als einmal darauf aufmerksam gemacht, daß es gefährlich ist, sich mir anzuvertrauen. Oft habe ich eine unübersehbare Sucht, zu erproben, ob ich Herr des Todes bin."

"Ober des Lebens," antwortete eine tiefe Frauenstimme, und Gunz sah gerade in die blau schimmernden Augen mit den grünen Läden der Gräfin Ingelid Rottled. "Es ist oft so viel Rosetterie dabei, wenn Männer mit ihrem Leben spielen, das vielleicht noch vielen nützen könnte, zumal noch gar nicht verbürgt ist, daß in der Stunde des Todes nicht selbst der Stärkste stirbt," lachte sie langsam.

"Sie haben wohl noch nie dem Tode ins Antlitz geschaut?" fragte er schnell, halb die langen, dunklen Wimpern über die scharfen, grauen Augen legend.

"Doch, schon oft — soeben erst. Ober wollen Sie leugnen, daß wir kaum vor Minuten, dank Ihrer Geschicklichkeit, dem sterbenden Tode entronnen sind?"

"Sagen Sie lieber, daß ich alle, dank meiner Ungefechtlichkeit, ohne jede Veranlassung in eine große Gefahr gebracht habe. Ich dachte an andere Dinge, die für einen Nobelschüler vom Leben sind. Ich bitte nachdrücklich um Absolution, Gräfin."

"Wer sagt Ihnen denn, daß ich mein Leben so kostbar einschätz' und Ihnen noch danken muß, weil Sie mich sicher zu Tal geführt?"

"Ich nehme das ohne weiteres an, Gräfin. Jung, schön, fruchtbar. Alle Lebensbedingungen für Lebensglück und Freude sind Ihnen ja gegeben."

Er sah, wie sich die feinen, roten Lippen fest zusammenpreßten, wie in das blaue, klare, durchsichtige Gesicht eine leise Röte stieg und die schwarzen Augen sich zwischen den Brauen finster zusammenzogen, aber Graf Leo von der Decken, der Verlobte des schönen Mädchens, der eiligst hinzukrat, unterbrach die Unterhaltung, indem er sagte:

"Über liebste Ingelid, wollen wir dann hier ankommen?"

"Sind die Schlitten da?" fragte die Stimme des Brinzen dasprischen.

"Befehl, Hohheit," meinte ein Diener mit tiefer Beugung.

"Ich mache den Vorschlag, Hohheit," nahm Graf von der Decken das Wort, "wir hängen die Schlitten an und gehen zu Fuß bis an die obere Schweizerhütte, um mal erst wenig zu werden und uns zu stärken."

"Ihr Schlemmer," rief eine jugendliche Stimme dazwischen, und ein reizender, blonder Mädchentopf mit weißer Heimelmannchenkappe, die zierliche Gestalt in kurzem, weißem Rock und rotem Pullover, lugte durch die Tannen.

"Ach, Kerlchen," riefen alle vergnügt, "wo haben Sie denn getestet?"

"Ja, Kerlchen ist auch hier," rief die junge Stimme vergnügt, einen Nobelschlitten hinter sich an der Seine, in den Kreis tretend. "Kerlchen war heute besonders brav. Nicht einmal ist es bei den Kurven mit mir in den Schnee gerannt."

"Na, ich werde das Bürschchen schon kriegen,"

Der blonde Wossen war wie elektrisiert zu Ursula von Derschen getreten. Ohne Umstände nahm er ihr den Nobelschlitten aus der Hand und lagte bittend:

"Wir hängen jetzt 'Kerlchen' an, und Sie kommen mit Rasse trinken, bitte, gnädiges Fräulein."

Einen Augenblick blitzen die großen Blauaugen wie glücklich auf, dann aber nahm Ursula ohne weiteres die Bremse des Nobelschlittens wieder zu Hand und entgegnete:

"Danke ergebenst, faule Bande Das wäre was, den ganzen Tag den Pferdeschlitten auf der Bahn, um immer wieder anzuhängen und bequem im Schlitten hinaufzufahren, anstatt im Schweiß unseres Angesichts bergan zu steigen. Rein, meine Herrschaften, das höchste, was ich mir leiste, ist der elektrische Aufzug, für mich und 'Kerlchen' sechzig Pfennig. Ein Heldengeld bei den schwäbischen Finanzen eines armen Regierungsrates, wie es mein Vater ist."

Allé lachten.

"Sel doch kein Spielerberber, Ursula," rief Riese Wossen, und kommt mit. Wenn du zu stolz bist, für unser Geld im Schlitten zu fahren, so kannst du ja 'Kerlchen' anhängen und dich draufziegen. Dann ist dein gutes Gewissen gewiß beruhigt."

"Gnädiges Fräulein lieben gewiß die Einigkeit," wandte sich Baron Torres, sein Glas leiser ins Auge klemmend, an Ursula von Derschen, welche die weiße Heimelmannchenkappe jetzt tiefer ins Gesicht zog, um ihr Bachen zu verbergen. "Wenn

Aufmarsch der Staffel Nordwest-Sachsen des „Wehrwolf“ in Döbeln.

Flammender Prost gegen die Morde im Gebiet des deutschen Grenzlandes. — Das Verhältnis zu den Nationalsozialisten.

1) Döbeln. Am Sonnabend fuhren auf zahlreichen Lastwagen, teils zu Kolonnen vereint, Hunderte von Wehrwölfen aus den Ortsgruppen Nordwest-Sachsens zu den deutschen Abenden in Döbeln. Letztlich bei Hochzeit und Hochzeit, mit denen der Staffelauftakt in Döbeln eingeleitet wurde. Die Wehrwölfe kamen der Bezirk Voigtsdorf, Grimma und Klingenthal. Vgl. dazu in den auch von hier stammenden gut bedeuten Berichtigungen den militärischen Rahmen durch Vortrag alter deutscher Regimentsmärkte. Im Mittelpunkt der Abende stand jeweils eine markige Ansprache eines Wehrwölfehers. Major A. D. Edam aus Limbach legte den vielen hundert Zuhörern in Leipzig die ethische Grundlage der Wehrwölfeide dar, deren heiligste Forderung Männerwürde heilte, die allein im wahre und mehrbaren Mann verkörper sei. Wahrheitsigkeit und Tiefe seien die ergänzenden Tugenden der echten deutschen Frau. Opferbereitschaft und Einsichtsreichtum für Volk und Völker seien keine Siedlungswörter, sondern organische Gedanken, deren Entwicklung nicht mechanisiert werden könne. Mit Recht löse sich daher der Bauerntum heute aus dem Volksgeist heraus und stelle sich gegen den Staat im Seiden der schwarzen Radne, die seine Rot verflammt. Die völkischen Kraftquellen Blut und Boden, die die Idee des Wehrwolfs geboren hätten, ländern sich wieder in diesem revolutionären Bauerntum, wie es sich in Ostpreußen und Schleswig-Holstein in seiner Ursprünglichkeit offenbart habe. Der Wehrwolf marschiere mit seinem Bauernvolk im gleichen Schritt und Tritt.

Am Sonntagvormittag fand in Döbeln eine Arbeitssitzung der sächsischen Wehrwölfe, vereint mit Bürgern der überwundenen sächsischen Organisationen des Deutschen Turnverbands und des Bundes Reichsflotte statt. Sie führte auf den Gebieten Wehrsport und Wehrturnen, Politisches und völkische Gewerkschaften zu grundlegenden Beschlüssen, die in den beiden Reden der Kundgebung am Mittag ihren Abschluß fanden.

Zu gleicher Zeit tagten die Vertreterinnen der sächsischen Wehrwölfe-Frauengruppen. Anwesigen waren unter Vorstand der drei Wehrwölfekapellen die Marschgruppen aus ihren Quartierorten nach Döbeln marschiert und nahmen auf dem Niedermarkt Aufstellung.

Mit Kundgebungen wurde um 12 Uhr die öffentliche Kundgebung, zu der sich eine dichtgedrängte Zuhörerschaft aus allen Bevölkerungskreisen eingeladen hatte, eröffnet. Eine sächsische Gefallenenehrung schloß sich an, die der Döbelner Gauführer, Hauptmann a. D. Petersen, gekrönt mit seinem Willkommenstrunk verbund. Als erster Redner mahnte der Leipziger Gauführer des Deutschen Turnverbands, Telegrapheninspektor Schröder aus Leipzig, in begeisterter Ansprache die Versammlungen zum Zeitsprung im Kampf für die völkische Idee. Zu heller Empörung müsse es jeden Deutschen reizen, wenn er sieht von den Deutschenhegen in der Tschechoslowakei und dem Deutschenorden in Polen höre. Die völkischen Verbände seien wachsame Hüter des deutschen Volkstums. Sie werden nimmer die Brüder und Schwestern in den gewaltig losgelösten deutschen Schutzgebieten vergessen, sondern ihren Kampf zu dem eigenen machen.

Der Landesführer des Sächsischen Wehrwolfs, Oberleutnant A. D. Schickendantz aus Leipzig, wandte sich in harten Worten gegen die Volksverührer, die vor allem im Kongressum des Marxismus eine willige Helferschaft gefunden hätten. Kampf gegen die Weltbegließungs-Ideologie, die den Menschen zur Maschine, die Arbeit zur Ware gehempelt habe. Kampf gegen die völkerverfeindenden Klassenkämpfer, die nur durch Verbesserung der deutschen Arbeiter in die Gefolgschaft der pazifistischen Front geführt hätten. Kampf sei die Wollung des Wehrwolfs, daher fordere der Wehrwolf die Erziehung der deutschen Jugend zu Wehrwillen und Wehrhaftigkeit. Weg mit dem Schandfriedensvertrag, dem Sklavenpakt von Versailles. Wir Wehrwölfe fordern die Aufrüstung, wir fordern Soldaten. Im Staatspolitischen lebe ich für den Wehrwolf eins mit dem Streben der NSDAP, er erbilde in ihr die Vertreterin auch seines politischen Willens und betrachte sie daher als den in völkischer Blutdrückbericht

Täglich

studiert man den Inseratenteil
des Riesaer Tageblattes

Was schenke ich zum Feste?
Was wünsche ich mir?

Guten Erfolg

muß jetzt ein Inserat
im Riesaer Tageblatt bringen

► Drum inseriere! ▶

Schwedisches Schiff in Seenot.

Hongkong. (Kunstprach.) Das schwedische Motor-
schiff "Hedwig" ist zwischen der chinesischen Küste und den
Philippinen auf ein Riff gesunken. Auf seine Hilferufe
ist ein britischer Torpedobootszerstörer nach der Unfallstelle
abgegangen. Das Motorsschiff soll verloren sein und seine
14 Mann starke Besatzung in großer Gefahr schwelen.

gnädiges Fräulein gestatten — so möchte ich auch lieber rodeln als Bob fahren — gnädiges Fräulein haben doch einen Zweifler. Vielleicht nehmen Sie mich auf „Kerlchen“ mit? Das ist —

"Sicherer," ergänzte Ursula. "Nein, lieber Baron. Wisseln Sie sich um Ihren großen Schal recht fest um den Hals, und ziehen Sie Ihre Sportmütze recht tief über die Ohren, dann haben Sie ja bald alles, was Sie zum Bobfahren brauchen, wenn Sie eine Mannschaft gesuchlich mindesten. Mein 'Kerlchen' aber will mehr als einen so großartigen Sportanzug, wie Sie ihn tragen, er will einen ganzen Keri."

"Ob sich die Krabbe wohl über mich lustig macht?" fragte er einen von den Mannschaften der "Hege".

Alle lachten. Hans Ulrich Wossen aber prehlte hastig Ursulas Hand und flüsterte ihr zu:

"Hätten Sie ihn wirklich auf Ihrem Nobelschlitten mitgenommen, so wäre unsere Freundschaft aus, mein gnädiges Fräulein. Jetzt aber kommen Sie, bis zum Aufzug gehen wir ja doch zusammen."

Ursula lachte etwas verdutzt in das Gesicht des blonden Hünen, das ganz hochrot vor Zorn leuchtete. Er hatte sich wieder ihres Nobelschlittens bemächtigt. Da sie aber "Kerlchen" nicht hergeben wollte, zogen sie jetzt einträchtig den Schlitten zusammen.

Die Bobs waren an die Pferdeschlitten gelegt, und langsam zog die kleine Gesellschaft durch den sonnenflimmernden, weißen Wald aufwärts.

"Seit wann sind wir denn so dicke Freunde, Herr von Wossen," fragte Ursula jetzt etwas scheu von der Seite, "dab Sie mit die Freundschaft kündigen wollten?"

Der große, blonde Junge — er mochte vielleicht fünfzehn Jahre zählen — sah das fröhliche Mädel mit den leuchtenden Blauaugen strahlend an.

"Immer sind wir Freunde gewesen, Ursula, immer!"

Reden Sie sich doch nichts ein. Freundschaft! Buh, wie das klingt! Ich danke für eine Freundschaft, bei der man noch nicht einmal ohne Erlaubnis des Freunde rodeln darf. Rein, mein lieber Herr von Wossen, ich bin für Freiheit, Gleichheit und Selbstständigkeit. Ich rodele jetzt zurück, und ich werde mal sehen, ob ich den Unglücksrumpf von Baron nicht da unten irgendwo aufstele. Ich wette, er träut sich nicht wieder auf den Bob, und da er keinen Schlitten hat, sieht er am Ende unten fest, da er doch nicht mit uns heraufgekommen ist."

"Ursula, Sie könnten im Ernst? Sie werden doch nicht etwa um diesen Dienst — diesen Menschen zurückrodeln?"

verkauften Wappenstein. Er wird der Soldat in der öffentlichen Gemeinschaft sein, als der er jede paritätische, parlamentarische Gebundenheit ablehne. Er habe nur den Dienst, den für sein Volk. So helle der Wehrwille sein Vaterland über alles, über die Güter dieser Erde, über seine Person, er sei Deutscher über alles in der Welt.

Der Kundgebung schloß sich ein Vorlesemarathon an den Führern an. Zu irgendwelchen Sitzungen ist es nicht gekommen. Im Laufe des Nachmittags verließen dann die ausdrücklichen Teilnehmer auf ihren Kraftwagen wieder die Stadt.

7½ % Binsatz für Aufwertungshypothesen.

W.B. Berlin. Der Reichsrat erließte in seiner Sitzung vom Dienstag seine Zustimmung zu der Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Bandesverband sächsischer Glaserinnungen in Dresden, sowie an den Deutschen und Österreichischen Albenverein in Innsbruck und befürte sich dann mit einer Ausführungsbeschreibung zum Gesetz über die Vergleichung der Aufwertungshypothesen. Nach diesem Gesetz sollen die Gläubiger der Aufwertungshypothesen vom 1. Januar 1932 ab einen angesessenen Binsatz erhalten, damit nicht durch massenhaft Gläubigungen von Aufwertungshypothesen der Kapitalmarkt gefährdet wird. Die Höhe des Binsatzschlags über 5 Prozent hinaus festzusehen, hat das Gesetz der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat überlassen. Die Ausschüsse des Reichsrates empfahlen die Annahme des Regierungsvorschlags, durch den ein Binsatzschlag von 2½ Prozent, also eine Erhöhung des Binsatzes für Aufwertungshypothesen von 5 auf 7½ Prozent vorgeschlagen wird.

Wie schon in den Ausschüssen, so beantragte auch im Plenum die preußische Staatsregierung, den Binsatzschlag nur auf 2 Prozent festzusetzen, weil eine Erhöhung des Kapitalmarktes durch massenhafte Gläubigungen nicht zu befürchten sei und die Landwirtschaft einen höheren Binsatz als 7 Prozent nicht ertragen würde. In kantonaler Abstimmung wurde der preußische Vorschlag mit 30 gegen 21 Stimmen abgelehnt und der Regierungsentwurf genehmigt. Für den preußischen Antrag stimmten nur die preußische Staatsregierung, die preußischen Präsidenten und das Land Sachsen-Anhalt.

Der Vertreter Preußens, Staatssekretär Weissmann, machte auf die interessante Tatsache aufmerksam, daß der preußische Antrag auch von Braunschweig und Thüringen abgelehnt sei, obwohl die Nationalsozialisten im Reichstag die Bestrafung aller Leute, die mehr als 5 Prozent Bins nehmen, wegen Buches beantragt hätten. Die Vertreter Braunschweigs und Thüringens legten Einspruch gegen diese Kritik an ihrem Vierungen ein.

Hohe Geldstrafen im Spritschmuggel-Prozeß

In dem großen Spritschmuggel-Prozeß wurde gestern abend das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 verurteilt und 3 freigesprochen. Wegen bandenmäßigem Bankbruch in Tateinheit mit Monopolsteuerhinterziehung erhielt der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Geld- und Wertierhaftstrafen von insgesamt 325 000 RM. Kommerzienrat Karl Bindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erwähnten Strafe wegen Betrugs durch Kurstreiberei eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis sowie Geld- und Wertierhaftstrafen von 275 000 RM. Otto Bindemann eine Gefängnisstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und Wertierhaftstrafen von 310 000 RM. Der Angeklagte Köhler sieben Monate Gefängnis und 300 000 RM Geld- und Wertierhaftstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis neun Monaten Gefängnis zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfrist, und zu Geld- und Wertierhaftstrafen bis zu 60 000 RM verurteilt. Die Brüder Karl und Otto Bindemann erhielten außerdem je drei Jahre Ehrenrechtsverlust zugeteilt. Der beschuldigte Sprit wurde für versoffen erklärt und das Motorboot „Auge“ beschlagnahmt.

Handel und Börsenwirtschaft

An der Berliner Börse gab die Tendenz nach freundlicher Beginn im späteren Verlauf nach. Am Börsenmarkt waren Reichsbank ziemlich lebhaft. Salabetsch ging auf 228 zurück, konnten sich aber später etwas erhöhen. Beim Schluss schwächte sich die Tendenz noch weiter ab. Der Satz für Tagesschild betrug 6–8 Paus. für Monatsgeld 6,5 bis 8 Paus. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Der Aktienindex vom 24.–29. November 1930. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924–1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 24.–29. November 1930 auf 88,9 gegenüber 91,8 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (86,9), Gruppe verarbeitende Industrie auf 78,4 (81,0) und Gruppe Handel und Verkehr 112,9 (118,0). – Für den Durchschnitt des Monats November 1930 ist der Index mit 92,8 gegenüber 95,8 im Durchschnitt Oktober 1930 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 87,4 (92,2), Gruppe verarbeitende Industrie 81,4 (84,4) und Gruppe Handel und Verkehr 115,5 (118,7).

„Ja, gewiß, das werde ich. Ich glaube, daß ich reichlich ungesogen zu ihm war. Jedenfalls werde ich mal nach ihm sehen.“

Hans Ulrich stampfte ungeduldig den Boden, während Ursula von Dernheim sich lachend auf ihrem Rodelschlitten schwang.

„Brummen Sie man wetter.“ lachte sie, „und lassen Sie sich den Kaffee gut schmecken. Rodel — heil!“

Wit finster getrauerte Stirn blickte Hans Ulrich dem schnell dahinsausenden Rodelschlitten nach. Noch sah er den roten Schmierer und die weiße Heimzähnenkappe Ursulas amlichen den beschneiten Tannen aufleuchten, dann war sie kleinen Augen entchwunden.

Über aus der Unruhe aus seinem blauen Auge. Er lachte pötzlich hell auf, und während er läuft, um die andern einzuhören, aufwärts schritt, lang er leise vor sich hin.

„Kerlchen, wo ist Kerlchen?“ riefen die andern.

Er winkte nur lächend abwärts, und der Prinz fragte:

„Sie hat Rasse, die Kleine. Über verdammst tollbürtig ist sie doch, finden Sie nicht auch, lieber Böffen?“

„Ich mache mir darüber kein Urteil an. Höchst. Ich habe nur immer gefunden, daß Freude von Dernheim das Herz und auch den Mund auf dem rechten Platz hat.“

Prinz Günther sah den blonden Jungling etwas verdutzt an, dann lächelte er — ein gutes, helles Lächeln, und mit diesem Lächeln trat er zu Ingelids Schwestern, der rosafarbenen Jenengard, die in ihrer roten Lippenmilch und feuerroten Jacke schon lange nach ihm Ausschau hielte.

Schade, daß der Waldweg doch nur so kurz war. Jenengard hatte ihm so viel zu sagen und er ihr vielleicht auch.

Der Südergraben mag erachtet. Zu laufenden schimmeren.

Turnen-Sport-Spiel-Wandern

Deutscher Staettentritt ländlicher Reiter.

Der Reichsverband für Sport und Bildung deutscher Turnkreis feierte in diesem Jahre sein 30jähriges Bestehen. Die großen sportlichen Veranstaltungen, die diesem Jubiläumsjahr ein ganz besonderes Gepräge gegeben haben, finden jetzt ihren Abschluß in einem großen deutschen Staettentritt ländlicher Reiter. Bei ihm treten Baden und Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und das Rheinland, Schleswig-Holstein und Bayern durch Staettentrifthalten miteinander in Verbindung. Aber jetzt sei schon darauf hingewiesen, daß der Freistaat Sachsen am 7. und 8. Dezember die ländlichen Reiter in seinen Grenzen mobil machen wird.

Auf Sachsen entfallen folgende Strecken: Von Staettentrif I (Wülfrath in Baden — Halle a. S.): Wülfrath an der ländlichen Grenze bei Hof — Delitzsch — Ballenstedt — Querfurt — Oberwitzsch — Langenfeld — Reichenbach — Schönfeld bis zum Ostausgang von Greiz, wo die Staette von den Reitern Thüringens übernommen wird. Der Abritt in Wülfrath erfolgt am 8. Dezember morgens 1 Uhr. Ankunft in Schönfeld schon am gleichen Tage morgens 5 Uhr.

Von dem Staettentrif II (Gleiwitz O.S. — Halle a. S.) übernehmen die ländlichen Reiter die Stoßfahrt aus Gleiwitz am Bahnhof Tauchitz südlich Görlitz. Der Mitti nimmt dann folgenden Weg: Tauchitz — Dittelsdorf — Wittgendorf — Oberseifersdorf — Hermsdorf — Oebau — Bauna — Bischöfswerda — Niedergörsdorf — Niedergörsdorf — Großenhain — Niesa — Oschatz — Wurzen. Die Grenze wird erreicht bei Thallwitz. Der Abritt in Tauchitz erfolgt am 7. Dezember mittags 12.30 Uhr. Ankunft in Thallwitz (Nordausgang) am 8. Dezember morgens 7.30 Uhr.

Für den Kilometer sind im Durchschnitt 4 Minuten gezeichnet. Die Entfernung, die jeder Staettentrifzettler zurücklegt, richtet sich nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Reiter, nach dem Gelände und nach der Tageszeit. Den Reitern wird geraten, die Staetten vornehmlich zu reiten; während der Nacht muß dies geschehen. Die Ausrichtung der Pferde ist in ganz Deutschland einheitlich: Trotz. Alle Reiter, die sich an dem Mitti beteiligen, müssen durch sofortigen Widerholung dafür sorgen, daß sie auf Schneefall und Glätte eingearbeitet sind. Alle Reiter müssen eine Stunde vor ihrer programmähnlichen Kreuzzeit an Ort und Stelle eintreffen. Es wird vorbereitet, daß jeder ländliche Reiter es als Ehrenamt betrachtet, an der großen deutschen Reiterstaette beteiligt zu sein.

An dem Staettentrif ist auch der Reitverein Riesa mit 4 Staettentriften zu je 8 Reitern beteiligt. Ihm fällt die schwerste Aufgabe zu, weil er seine Staette in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember zwischen 2.30 bis 8.30 Uhr reiten muss. Die Anstrengungen sind um so höher zu bewerten, da er schon am Sonntag vormittag einen vierstündigen Geländeritt auszuführen hat. In Riesa berührt die Staette folgende Straßen: Von Röderau kommend über die überbrückte Woltfsdorfer Straße, Bismarckstraße rechts, Lange Straße nach Altweida bis Straßenkreuzung Mautitz-Ganzig und dann weiter nach Oschatz.

Turngen Nordjachsen D.L. (Handball).

Tv. Seithain 1. schlägt Tv. Wermendorf 1. 2:1 (0:1) verdient!

Vom Sonntag nachmittag trafen sich die beiden oben genannten Mannschaften auf dem Reichsbahnplatz in Seithain zu einem Pflichtspiel, dieses Spiel wurde für den Tv. Seithain ein voller Erfolg. Gleich nach Aufschluß lagen die Turner in Führung und konnten ein schönes Tor erzielen. Halbzeit 0:1. In der zweiten Halbzeit ließen die Einheimischen ein tüchtiges Tempo vor und erzielten den Ausgleich. Nur vor Schlusspfiff erreichten die Seithainer noch ein Tor: Schluf 2:1.

Nach dem Spiel trafen sich Beithain 1. Tab. — Wermendorf 1. Tab. 1:8 (1:2). Das Zusammenspiel der Jugend war äußerst gut. An den Spielen liegt es nun, durch eifige Teilnahme an den Spielen die Leistungen auf der Höhe zu halten.

Unnachlässliche Strafen für rohes Spiel. Verhütung von Sportunfällen. — Sport als Diener der Gesundheit und Stärkung des Körpers.

Im Interesse der Verhütung von Sportunfällen, die nach den bisherigen Erfahrungen vielfach auf nicht genügendem energischen Eingreifen der Schiedsrichter zurückzuführen sind, weist der Verbandsförderschichtsausschuß des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine die ihm unterstehenden Schiedsrichter an, jede rohe und gefährliche Spielweise unnachlässlich mit sofortigem Spielaustritt des Urhebers zu ahnden und den aber die züchtigsten Spieler keinem Gau aus weiteren Bestrafung zu meiden. Mit Beginn der Saison 1931, wo Eisbildung, Schlamme, Schneeschmelze usw. die Beschaffenheit der Spielfelder beeinträchtigen, sollen die Schiedsrichter vor Spielbeginn genau prüfen, ob einwandfreie Durchführung des Spiels möglich ist. Es ist zwecklos, ein Spiel beginnen zu lassen, daß dann abgebrochen werden muß. Die Schiedsrichter sollen

die funkelnenden Kristalle im Sonnenlichte, und durch den schneigen Waldblog ein Traum.

Ein weites Königreich schien aufgestan, und überall kläng Schellengeflöte mit übernem Baut.

Wie Hochzeitgeläut schwieb es durch den weiten Wald. Die beiden liegen in dem kleinen Zuge, die den weißen Weg aufwärtschritten, horchten schwiegend auf das mehr und mehr verholende Geläut.

Ingelis ging langsam, es war, als werde ihr das Steigen schwer. Zumal streifte ihr Blid die hohe, kraftvolle Gestalt ihres Verlobten — fast brutal erschien sie ihr — der vor ihr am Riesels Posten Seite die Schweizerbüste vor den andern zu gewinnen suchte. Er hatte es übernommen, heute für das materielle Wohl der Mannschaften zu sorgen und wollte der erste am Blide sein.

Riesel Posten schritt mit leichtem Schritt neben ihm her. Ihr weißes Sportostüm leuchtete durch die dunkelgrünen, leichtverdorbenen Tannen.

Und Ingelis mußte denken, als sie an der Seite des schwelgamen Johannes Runt so hinter ihrem Verlobten einherstritt, als gingen sie sich gar nichts an. Sie hätte eigentlich viel besser zu ihm gepaßt, die kleine Riese, als ich mit meinen schweren Gedanken. Warum bin nur mich und nicht sie gewählt?

Unwillkürlich leuchtete sie leicht auf, und ihr Begleiter sagte plötzlich:

Die andern geben zu schnell. Warum ellen wir so? Der Weg wird Ihnen schwer, Gräfin?

Er sah sie nicht an, sondern blieb noch immer starr gegeben in den weißen Zauberwald, durch den die späte Nachmittagssonne fiel.

beraten, den Sport und Gehobenheitstrachten und zur Stärkung des Körpers betrieben wird, was nur bei einsamkeitem Boden möglich ist, und daß ungünstige, die durch schlechten Spielboden verursacht werden, so selbst verantwortlich bleiben.

Sportverein Böthensee.

Böthensee I. — Röderau II. 8:5. Die I. Elf wollte in Röderau und unterlag der dortigen Reserve; ob diese Niederlage gerecht war, ist noch bestreitbar.

Böthensee I. Jugend — Götzenstein I. Jugend 7:2.

Hier waren die Böthenseer häufig tonangebend, der Böthenseer Dorfölter brauste nicht einmal ausgerechnet. Verzweigungen konnte aber das Spiel der Böthenseer I. Jugend durchaus nicht. Das lautete Spielen und Meisterschaften Böthenseer bestimmt keinen guten Eindruck.

Ganz unvollständig trat die II. Jugend in Röderau der II. Jugend von dort gegenüber. Meisterat 0:1. Hier hier muss endlich ein anderer Geist in die Mannschaft kommen, dann werden auch die Siege nicht ausbleiben. G. S.

Die 2. Zwischenrunde um den VMV-Bolz

bringt am 14. Dezember den erstmaligen Einsatz der bisher spielreichen 20 Ganggruppenfeier aus den spielfreien Gauen Ostfalen, Groß-Lipzig, Mittelsachsen, Saale und Mittelalb. Von den somit noch vorhandenen 20 Bewerbern bleibt VfB-Neustadt b. Coburg spieler. Für die übrigen bringt der Spielplan folgende Zusammenstellungen:

Sportfreunde-Halle — Preußen-Langensalza
Fortuna-Magdeburg — S. V. Groß-Rauna
Sportklub-Döbeln — Wacker-Leipzig
Dessau-98 — Sportklub-Erfurt
Heidenauer Sportklub — TuS-Leipzig
Meerane-07 — Sportfreunde-Leipzig
Sp. G. Neumark — Erkelenz-Viktoria-Magdeburg
Sp. G. Dresden 98 — Viktoria-Leipzig
99-Werderburg — Wacker-Chemnitz
Sturm-Chemnitz — J. SV-Dona
Sportvereinigung-Leipzig — Immendorf 1910
Spielzug-Kallenstein — Sportklub-Dresden
Sp. und S.C.-Plauen — Preußen-Chemnitz
VfB-Bitterfeld — Preußen-Magdeburg

Die Sitzung des Deutschen Fußballbundes in Münster.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Fußballbundes hielt in Münster eine Arbeitstagung ab, die sich vorwiegend mit dem umstrebenden Groß-Statut befaßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des tödlich verunglückten Vorstandsmitgliedes, Amtsgerichtsdirektor Rudolf Hubermann-Leipzig, in warmen Worten letztendes Gedenken gedacht. — Das Großstatut wurde schon in der Sitzung vom 7. November 1930 in seinen Grundzügen aufgezeichnet.

Seit 14 Tagen war der Vorstand den einzelnen Mitgliedern bekannt, so daß die eingehende Beratung des Statut in der Sitzung in Münster erleichtert war. Das Statut wird der am 13. und 14. Des. 30 in Hannover stattfindenden Versammlung zur Beratung und Beschlusffassung vorgelegt werden. Diese Sitzung wird auch darüber befinden, ob eine außerordentliche Bundesversammlung erforderlich erscheint. Des Weiteren soll dieser Sitzung die Frage vorgelegt werden, ob es noch notwendig ist, eine Bezeichnung der Bundesleitung mit den Vereintungen herbeizuführen.

Die Sitzung befaßte sich ferner mit den Steuerfragen, die in letzter Zeit ausführlich in der Presse erörtert wurden. Der Vorstand bedauerte, daß in dieser Frage Meldungen verbreitet wurden, die mit den bestehenden Gesetzen des Bundes nicht übereinstimmen. Eine eingehende Auflösung erfolgte durch den Bundesvorstand, der seit Jahren Steuerreferent des Deutschen Reichsausschusses ist und als solcher alle den Sport berührenden Steuergesetze mit den zuständigen Steuerräten der Behörden bearbeitet. Das Ziel des Bundes ist noch wie vor einzig und allein die Förderung des Amateur-Sports. Der Bund wird seine Vereine in ihrer gemeinnützigen Tätigkeit vor unverrichteter Steuerlicher Bezeichnung schützen und bitten die Presse in diesem Bereichen um Unterstützung.

Es wurden noch folgende Spieltermine festgelegt: Die Bundespolizei-Meisterschaft findet am 11. Januar statt. G. spielen Süddeutschland gegen Westdeutschland in Mannheim und Südsachsen gegen Mitteldeutschland in Beuthen. Die Spieltermine für die Endkämpfe um die deutsche Meisterschaft wurden vom Bundesvorstand wie folgt festgesetzt: Fortuna 10. Mai, 1. Divisienturnier am 17. Mai, 2. Divisienturnier am 31. Mai und Endspiel am 14. Juni.

Ingelis sah in das schwärzegeschnittene, gebräunte, bartlose Antlitz mit den tiefen Furchen in den breiten Stirn, als sie langsam entgegnete:

„Es gibt Wege, die sich leicht wandern und die doch schwer genug sind und uns den Atem rauben.“

„Sie sind leidend, Gräfin?“ fragte der junge Mann, absichtlich den Doppellöffnungen ihrer Stöde ignorierend. „Da mußt's mich, daß Sie Sport treiben.“

Ingelis' Augen streiften ihn stoß und lächelte.

„Wie kommen Sie zu der Ruffassung, daß ich stark bin? Ich habe den Sport und die Gefahr. Wenn ich diesen Weg über mühselig und schwer empfinde, so liegt das vielleicht daran, daß ich nie sehr allein ginge, als in lärmender Gesellschaft, die nicht erlaubt, daß man bei sich selber Einkehr hält.“

„Das heißt mit anderen Worten,“ lachte er, die Augen halb aufmerksam, „ich würde es gern leben, wenn auch Sie, mein lieber Herr Runt, sich zu den andern trösten. Habe ich recht?“

Wie ein Löschlein zuckte es in den blauen Märchenaugen auf, in die hell die Sonne fiel, und es lächelte, als sprühend funkelnde Smaragde darin auf.

„Wenn Sie wollen. Ich bin keine Freundin von konventionellen Lügen.“

„Ja, aufrichtig sind Sie, Gräfin,“ gab er halb unirrt.

„Ja, es war stets mein größter und vielleicht einziger Vorzug, aber diese Aufrichtigkeit zwang mich, auch Dosen zu benennen, doch mich Ihre Gegenwart nicht